

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonnabend.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Stollbuserdamm 23 I.

Inserate  
Pro vierstellige Beilage 30 Pf.,  
Stellungsliste 20 Pf., für Verbandsmitglieder 20 Pf., Veranlagungsanzeigen 10 Pf., Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 18.

Berlin, den 4. Mai 1907.

23. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wir machen hierdurch bekannt, daß die Wahl der Delegierten zum Verbandstag am Sonnabend, den 1. Juni, stattfindet. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Mitglied, welches nicht länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist.

Unabhängig von dem in Versammlungen der Zahlstellen oder Versammlungen der Einzelmitglieder (Zachsen) sowie der Gaue hervorgegangenen offiziellen Wahlvorschlag steht jedem Mitglied bis acht Tage vor dem vom Verbandsvorstand angelegten Wahltermin das Recht zu, geeignete Vorschläge zu machen.

2. Die Einteilung der Wahlbezirke und die vorläufige Tagesordnung des Verbandstages sowie alles sonst hierauf bezügliche wird in nächster Nummer bekannt gemacht werden.

3. Auf Grund des § 15b des Statuts wurden ausgeschlossen in Berlin die Kuruspapierarbeiterinnen: Agnes Gröber aus Berlin, Buchn. 6068, Dora Wähmann aus Berlin, Buchn. 6067, Frida Becker aus Berlin, Buchn. 12 290, Elise Kraatich aus Neu-Libbenau, Buchn. 14 571, Selma Schmidt aus Neusalz an der Oder, Buchn. 16 735.

Der Verbandsvorstand.  
J. A.: Kloth.

## Das Erstarken der wirtschaftlichen Machtorganisation der Arbeiterschaft.

Der scharfe reaktionäre Windzug, der in den dreißiger und vierziger Jahren des verfloffenen Jahrhunderts aus der Welt der oberen Zehntausend Englands blies, stürzte die auf Sand gebauten Riesenorganisationen der englischen Gewerkschaften um und entfachte im Proletariat zugleich die glimmenden Flämmchen des Klassenhasses zu einer mächtigen revolutionären Feuersbrunst. Aus der Gluthitze jener Zeiten schien auch der Gedanke geboren zu sein, der nachmals das romanische Proletariat in einen wahren Fiebertausch versetzte: die Generalstreikidee. Die grundstürzende Umwälzung des plutokratischen Englands in ein demokratisches Gemeinwesen träumten die erbitterten Massen des unorganisierten Proletariats durch einen revolutionären Handstreich inzuliegen zu können. Diese Massen fanatisierten sich für den utopistischen Plan, „die Arbeit solange einzustellen“, bis die Forderungen der Chartisten zum Landesgesetz selbst erhoben würden. Aber die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beobachteten im allgemeinen dem Chartismus gegenüber eine gewisse Herzenskälte. Als stürmische Chartistenversammlungen im Jahre 1842 zu Sheffield den Generalstreik in den Dienst der demokratischen chartistischen Bewegung stellen wollten, erteilten die Sekretäre von sieben lokalen Gewerkschaften diesem Ansinne eine sehr entschiedene Absage in den Zeitungen. Das furchtbare Schicksal der von einer brutalen Massenregierung verfeindeten Chartistenhäupter

erzeugte bei dem organisierten Proletariat Englands, das so lebhaft die Leiden der Blutzengen der Gewerkschaftsbewegung mitempfind, keine wirklich tiefgehenden Sympathien.

Unzweifelhaft waren nach der Revolution von 1848 die Bewegungen, in denen sich der Sturm und Drang einer neuen zum Lichte emporstrebenden Welt offenbarten, im englischen organisierten Proletariat tot. Der Gruppensozialismus Robert Owens, der sich für die Besitzergreifung des Grund und Bodens durch die Union der Landarbeiter und für die Ueberleitung der Bergwerke in die Hände der Bergarbeiterunion usw. erhitzte, hatte bald in den englischen Gewerkschaften jede Werbekraft verloren. Der feurige Enthusiasmus für riesenhafte, die Arbeiter aller Berufe umschließende Organisationen hatte sich schnell bei den Trade Unions abgekühlt. Und in diesen Zeiten des noch kraftvollen, die englischen gelernten Arbeiter mächtig durchströmenden Junstgeistes hatte fürwahr der Gedanke allgemeiner, alle beruflichen Grenzen kühn überspringender Gewerkschaftsverbände so etwas von dem Fluge in das fabelhafte Wolkenfuchtsheim an sich. Gaben doch die Maschinenbauergewerkschaften, die das „neue Muster“ des Gewerkschaftsvereins schaffen sollten, noch Grundsätze in ihren Statuten ausgesprochen, denen selbst der prinzipienfesteste Junstgeselle noch unüberbrückliche Kreue schwören konnte! In der zünftlerischen Weltanschauung dieser Gewerkschaften hatte der gelernte Arbeiter das gleiche Privilegium auf die Ausübung seiner Berufstätigkeit wie der Arzt auf seine staatlich anerkannte und geschützte Praxis. In der Vorrede zu den Statuten einer Maschinenbauergewerkschaft wird auf die mit den gelehrten Berufen verknüpften Vorteile verwiesen und dann lebhaft bedauert, daß kein schützendes Recht dem gelernten Arbeiter, der sich mit einem großen Opfer an Vermögen und Zeit in die verschiedensten Formen nützlicher technischer Arbeit eingelebt hat, zur Seite stände.

Die englischen Gewerkschaftsvereine, denen nach dem sozialen Sturmjahr 1848 auf Duzennien hinaus die Zukunft gehörte, prägten den Grundsatz der Zusammenfassung der Arbeiter nach bestimmten Berufen wieder fest und folgerichtig aus. Die Solidaritätsempfindung war in diesen Zeiten in der Arbeiterschaft Englands noch nicht so erstarrt, daß die Schranken zwischen den Berufen der gelehrten und ungelerten Arbeiter niedergedrückt werden konnten. Gelehrte und ungelernete Arbeiter verhielten sich in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht oft noch zueinander wie zwei besondere Persönlichkeiten. Solange sich die englische Gewerkschaftsbewegung der vierziger Jahre des verfloffenen Jahrhunderts über die tatsächlichen großen Differenzen zwischen den einzelnen Gewerben und den einzelnen Kategorien der gelehrten und ungelerten Arbeiter hinwegsetzte, trieben ihre Wurzeln in die leere Luft. Erst als die Gewerkschaften die wirklich bestehenden gewerblichen und beruflichen Verhältnisse anerkannten, hatten sie festes Erdreich unter den Füßen.

Sehr locker gefügt waren in organisatorischer Hinsicht die großen Gewerksvereine der

Jahre 1830 bis 1834. Das wichtige Problem der inneren Organisation löste erst mit besonderer Geschicklichkeit die Gewerkschaft der Dampfmaschinenarbeiter und Maschinen- und Mühlenarbeiter, und sie schuf schließlich in der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer — Amalgamated Society of Engineers — ein für die Geschichte der Trade Union äußerst bedeutames Muster. (Die Geschichte des britischen Trade Unionismus von Sidney und Beatrice Webb.)

In der Organisation der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer kam der Gedanke eines festen Zusammenschlusses der gelehrten Arbeiter sehr einseitig zum Ausdruck. Der Zug ins Aristokratische, der die großen Gewerkschaften der folgenden Jahrzehnte auszeichnete, charakterisierte besonders diesen Verein.

Die Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer gestaltete sich zu einem umfassenden Versicherungsinstitut aus. Sie traf eine weitstehende Fürsorge für den arbeitslosen, den reisenden und den verunglückten Maschinenbauer. Mit diesen Unterstützungseinrichtungen vollzog sich eine feste Bindung des Gewerkschafters an den Verein selbst. In allen Lebenslagen wurde der Verein dem Gewerkschafter ein hilfependender Freund. Und sein urreichentes Interesse fetete ihn daher fest an die Gewerkschaft.

Mit dem Aufbau der Unterstützungseinrichtungen strömten relativ große Summen in den Zentralfonds des Vereins der Maschinenbauer. Und mit diesen Einrichtungen erhielt der Verein nicht nur ein festes Rückgrat, sondern auch eine flüssige, stets vorhandene Kraft, einen schönen Vorrat von Geld, dem eigentlichen Lebensblut des Kapitalismus.

Die große zentralisierte Körperschaft des Vereins der Maschinenbauer mit ihren ausgedehnten sozialen Versicherungsinstitutionen erforderte ein wohl geregelttes Finanzwesen und einen ganzen Stab sachverständiger Beamten. In der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer bildete sich ein gewerkschaftliches Beamtentum aus, das für die Fortbildung der gewerkschaftlichen Taktik und für die Befruchtung der Gewerkschaften mit allgemeinen sozialpolitischen Ideen eine überragende Bedeutung im Gewerkschaftsleben gewann. Gerade das gewerkschaftliche Beamtentum Englands wurde in dem Zeitabschnitt von 1865 bis 1875 der Träger der Grundgedanken der großen internationalen Arbeiterbewegung, der nationalen Wahlreform, des kommunalen Sozialismus.

Die Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer strebte vor allen Dingen eine einheitliche Gewerkschaftspolitik und die Ausgleichung der Reallohne, das heißt der die Unterhaltskosten der Arbeiter ins Auge fassenden Löhne an. „In dieser Hinsicht“, so schreiben die Webbs in ihrer Geschichte des britischen Trade Unionismus, „hat die Zentralverwaltung stets die absolute Vollmacht bejessen, Streikgelder zu gewähren oder zu verweigern. Niemand darf ohne eine spezielle Ermächtigung von Seiten der Exekutive von seinem Lokalverein eine Streikunterstützung erhalten. Insofern ist die Kenntnis der lokalen Verhältnisse für die Entscheidung in Fragen der Gewerkschaftspolitik durchaus notwendig, und

so wurden bei der Verschmelzung „Distrikts-Komitees“ gebildet, die aus Repräsentanten benachbarter Filialen zusammengefasst sind. Diese Komitees haben mit der Ausbeutung der Hilfs-Kassenunterstützung nichts zu tun, was, wie wir gesehen haben, das Geschäft der einzelnen Filialen ist. Ihr Amt ist, die Interessen des Berufs in ihren Bezirken wahrzunehmen, Uebergriffen aufzuweisen und den Exekutivrat in bezug auf die Bewilligung der Streikgelder zu beraten.“

Dank dem hohen Beitrag von einem Schilling pro Woche sammelte sich ein großer Kriegsschatz in der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer zum großen Verdruß der Unternehmer an, die in gehässiger Weise die geschickte Verschmelzung von Kriegs- und Unterstützungs-fonds des Vereins als einen unehrenhaften Versuch verschrien, um mit dem Gelde der ganz harmlosen Mitglieder der Versicherungseinrichtungen große Streiks auszurufen.

So musterhaft nun auch die Verfassungen der in die Fußstapfen des Maschinenbauervereins tretenden Gewerkschaftsverbände waren, so trefflich und leistungsfähig sie auch ihr Finanzwesen gestalteten, sie waren doch mit einem organischen Fehler, sozusagen mit einem Geburtsfehler, behaftet, der ihrer Wirksamkeit einen großen Abbruch tat: sie stellten sich als ausgesprochene Organisationen der gelehrten Arbeiter dar und ließen die wimmelnden Massen der ungelerten, auf tiefer sozialer Stufenleiter stehenden Arbeiter ganz aus dem Rahmen ihrer festgeschlossenen Verbände herausfallen.

In den Tagen der furchtbaren Wirtschaftskrisis der Jahre 1883 bis 1886 verfielen vielfach die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften. In diesen Zeiten der Prüfung, in denen sich diese Einrichtungen gerade bewähren sollten, galt für sie vielfach auch das Wort: „Gewogen und zu leicht befunden.“ Die Grenzen des in den Gewerkschaften realisierten Versicherungsprinzips kam zahlreichen organisierten Arbeitern jetzt zum Bewußtsein; sie, die im Schutze der Unterstützungseinrichtungen sanft eingeschlummert waren, erinnerten sich wieder des Kampfscharakters der Gewerkschaften.

Zwei feurige und tatkräftige Mitglieder der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer, John Burns und Tom Mann, erhoben leidenschaftliche Anklagen gegen das Kurunterstützungsweisen der Gewerkschaften, die jeder Politik des herzhaften, kühn losstürmenden Angriffs aus dem Wege gingen. Aus den Reden des genialen Agitators John Burns klang der herbe Vorwurf heraus, die damaligen Gewerkschaften seien zu bloßen Institutten für die Ermäßigung der Steuern der mittleren und oberen Klassen herabgesunken.

Die Jahre 1886 bis 1889 sahen viele lärmende Versammlungen der Arbeitslosen, und nach einem langen, langen, totenähnlichen Schlafe regte sich wieder der Sozialismus in England.

In der Gewerkschaftsbewegung Englands entschlossen sich die weitblickenden führenden Köpfe endlich zu dem Schritte, der eigentlich schon vor Dezennien eine unumgängliche Notwendigkeit in dieser Bewegung gewesen wäre: zu der Organisation der ungelerten Arbeiter. „Die große Masse unserer Tagelöhner,“ schreibt John Burns, „wird von den gelehrten Arbeitern ignoriert. Es ist diese selbstthätige, dumme-vornehme Preisgabe der unteren Schichten durch die höheren, die den Erfolg bei vielen Kämpfen zur Unmöglichkeit macht. Von ihren Arbeitsgenossen als nicht zu ihnen gehörig angesehen, werden diese Arbeiter oft nur von einem Gefühl der Wiedervergeltung dazu getrieben, dem Gewerbeverein entgegenzubehalten oder sich ihm gegenüber gleichgültig zu verhalten, während dagegen, wenn sich die Gewerkschaften klüger und vermittelnder verhielten, sie dort, wo sie Mißgunst und Unzufriedenheit vorbereiten, Unterstützung finden würden.“ Sogar in den „aristokratischen“ Unions, in den Gewerkschaften der Maschinenbauer und Schriftsetzer, forderten die jüngeren, aufstrebenden Elemente die Niederreißung der Schranken

zwischen den gelehrten und ungelerten Arbeitern.

Der kühne Wurf der Organisation der ungelerten Arbeiter im großen Stile glückte zuerst dem klarsichtigen und tatkräftigen John Burns in der Bewegung der Dockarbeiter. Mit der Dockarbeiterorganisation blühten zahlreiche Verbände der ungelerten Arbeiter auf. Bald marschierten hinter den geschickten Strategen der „neuen Gewerkschaftsbewegung“, des „Neuen Unionismus“, hinter John Burns und Tom Mann, 200 000 organisierte ungelerte Arbeiter.

In den neuen Gewerkschaften Englands erwarb sich auch endlich der Sozialismus ein gesichertes Heimatsrecht. Die neuen Gewerkschaftsführer wurden die unermüdbaren Förderer eines aufbauenden praktischen demokratischen Sozialismus: sie wirkten tatkräftig an der Erweiterung des kommunalen Eigentums und an der staatlichen und städtischen Organisation der öffentlichen Dienste mit, sie legten sich für eine Rationalisierung des Grund und Bodens ein, sie strebten eine wesentliche Erweiterung der Fabrikgesetzgebung und eine gründlichere Handhabung der Sanitätsgesetzgebung an, und sie suchten mit Umsicht die genossenschaftlichen Unternehmungen auszubauen.

Eine wirkliche geistige Wiedergeburt der Organisationen führte der „Neue Unionismus“ in der englischen Gewerkschaftsbewegung herbei. Die englischen Gewerkschaften behielten als festes Rückgrat der Organisation das Unterstützungsweisen bei und öffneten ihre Augen weit für die weltbewegenden Kämpfe des politischen Lebens. Als Kulturstat der jungen gewerkschaftlichen Bewegung muß vor allem ihr stürmischer Einbruch in den halb zünftigen Monopolismus des Trade Unionismus gerühmt werden: „Der selbstthätige Geist der Abschließung,“ so schreiben die Webbs in ihrer Geschichte des britischen Trade Unionismus, „den die verhältnismäßig gut bezahlten Maschinenbauer, Zimmerer oder Kesselfbauer in den Jahren 1880 bis 1885 oft zur Schau getragen, hat einer weitherzigen Anerkennung der wesentlichen Solidarität der lohnarbeitenden Klassen Platz gemacht.“

Angeichts dieser grundstürzenden Umwälzungen in dem Wesen der alten englischen Gewerkschaften kann man wahrlich nicht von einer Verfeinerung der Trade Unions reden. Der frische, belebende Aufzug des Sozialismus hat auch die Bureaus dieser Vereinigungen durchstrichen, und wenn wir heute die vielversprechenden Anfänge einer selbständigen politischen Massenbewegung in England sehen, so dürfen wir nicht vergessen, daß diese Bewegung ja ohne die geistige Erneuerung der englischen Gewerkschaften gar nicht möglich gewesen wäre. Zu dieser Bewegung mußten die Gewerkschaften den Generalstab der organisierenden Kräfte und dann vor allem auch die Mannschaften selbst stellen.

Dank ihren trefflichen Gewerkschaftsverbänden hat sich die englische Arbeiterklasse ein wirkliches Stück ökonomischer Macht errungen. Sie setzte an die Stelle der individuellen Arbeitsverträge durchweg den Kollektivvertrag. Dem Fabrikdespotismus ist der Fabrikkonstitutionalismus gefolgt. Wir kennen keine Tatsache, die Übergangender von der bereits eroberten wirtschaftlichen Machtposition der englischen Gewerkschaften redet als die große Verbreitung des Kollektivvertrages in England. Dort werden nach der Ansicht von Sidney und Beatrice Webb „in allen qualifizierten Gewerben, in denen Arbeiter gemeinschaftlich in den Werkstätten von Unternehmern tätig sind, 90 Proz. der Arbeiter ihren Lohnsatz und ihre Arbeitszeit und oft noch viele andere Einzelheiten durch einen kollektiven Vertrag im voraus bestimmt finden, an dem sie persönlich nicht beteiligt waren, in dem aber ihre Interessen von den Vertretern ihrer Klasse zum Ausdruck gebracht worden sind. Obgleich aber die kollektive Vertragsschließung in einem größeren Gebiet herrscht als das Gewerkschaftsvereinswesen, so kann doch allein ein Gewerbeverein den

Mechanismus für jede weitergehende und nicht nur zufällige Anwendung derselben liefern. Ohne die Existenz eines Gewerbevereins in einer bestimmten Industrie wäre es fast unmöglich, eine für einen ganzen Distrikt gültige gemeine Regel, geschweige denn ein nationales Abkommen zu erreichen.“

Im Vorjahre erschien in der „Metallarbeiterzeitung“ eine Artikelferie aus der Feder Paul Kampffmeyers, betitelt: Streikzüge durch Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Diese Artikelferie ist nunmehr vom Verlag A. Schilde u. Cie. in Stuttgart in Broschürenform herausgegeben worden. Die freundliche Erlaubnis des Verlags setzt uns in die Lage, unseren Mitgliedern mit vorstehendem ein Kapitel aus diesem Werke zu unterbreiten. Unsere Kollegen und Kolleginnen werden daraus ersehen, daß dies ein Werk ist, welches in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte. Sein billiger Preis ermöglicht es einem jeden, sich in den Besitz des Werkes zu setzen.

Ueber den Inhalt desselben informieren recht gut folgende Kapitelüberschriften: I. Zurück zur Theorie der Arbeiterbewegung. II. Vom sozialistischen Zukunftsideal. III. Der Sozialismus und die „Naturgesetze“. IV. Vom Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. V. Kooperation und Ausbeutung. VI. Die kapitalistischen Produktionsformen der Hausindustrie und Manufaktur. VII. Die kapitalistische Großindustrie. VIII. Der ökonomische und politische Expropriationsgedanke. IX. Die Ansätze zu einer Organisation der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. X. Das Erstarken der wirtschaftlichen Machtorganisation der Arbeiterklasse. XI. Vom Aufgabenkreis der englischen und deutschen Gewerkschaften. XII. Historisches und Theoretisches zur Wertung der Gewerkschaftsbewegung. XIII. Die Verelendungs- und ökonomische Widerpruchstheorie und die Gewerkschaften. XIV. Der Massenstreik der organisierten Arbeiterklasse und die Eroberung der politischen und ökonomischen Macht. XV. Revolutionäre Demonstrations- oder Machteroberungspolitik der Gewerkschaften. XVI. Gewerkschaften und Genossenschaften. XVII. Der politische Kampf und die Gewerkschaften. XVIII. Vom Klassenkampf und Klassenbewußtsein. XIX. Vom Wesen und von der Entwicklung des Staates. XX. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.

Der Preis des Werkes stellt sich auf nur 60 Pf. Bestellungen sind an den Verbandsvorstand zu richten.

## Das Ergebnis der Pforzheimer Etzisarbeiterbewegung.

Am 11. Juni 1904 wurde in Gera eine Etzisarbeiterkonferenz abgehalten. Die Berichte der Vertreter der in Frage kommenden Orte zeigten ein trauriges Bild über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Branche. Unter anderem war auch Pforzheim vertreten, welches als Hauptort für Etziszufabrikation noch die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuweisen hatte, niedrige Löhne, unregelmäßige und lange Arbeitszeit, in der Zeit der Hochkonjunktur übermäßige Ueberstunden ohne Besserbezahlung, hingegen in stiller Geschäftszeit aussetzen ohne jede Entschädigung.

Es wurde nun in Verfolg der Beschlüsse und Anregungen der Konferenz versucht, die Kollegen und Kolleginnen der Organisation zuzuführen, aber nur langsam ging es vorwärts. Doch gelang es immerhin, einen kleinen Kollegenkreis als feste Mitglieder zu gewinnen. Gleisige Agitation durch Werkstufenversammlungen, sowie der Ausschaltung der gewerkschaftlichen Bewegung in Pforzheim, ganz besonders in der Gold- und Silberwarenindustrie, brachte auch unsere Etzisarbeiter auf die Beine, so daß wir, nachdem unsere Mitgliederzahl innerhalb eines Vierteljahres von 60 auf 470 Mitglieder gestiegen war, den lange gehegten Wunsch verwirklichen

konnten, an die Arbeitgeber mit Forderungen heranzutreten. In einer Anfang September 1906 stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, Forderungen auf Mindestlöhne, neunstündige Arbeitszeit unter Aufrechnung des jetzigen Lohnes, Verbesserzahlung der Ueberstunden, sowie 20 Proz. Lohnaufbesserung auf die jetzt bezahlten Löhne einzurichten.

Die Arbeitgeber waren geneigt, einen Teil der Forderungen zu bewilligen. Auf unsere Anregung hin fand eine gemeinsame Sitzung statt, in der die Arbeitgeber folgende Zugeständnisse machten: neunstündige Arbeitszeit unter Aufrechnung des jetzigen Lohnes, 20, 50 und 100 Proz. Zuschlag für Ueberstunden, sowie 10 Proz. Lohnaufbesserung, 5 Proz. gleich und die anderen 5 Proz. am 1. Januar 1907.

Um nun ein genaues Bild über die erreichten Vorteile zu bekommen, wurden Erhebungen vorgenommen, deren Resultat nachfolgend verzeichnet ist. Von 710 ausgegebenen Fragebogen wurden 405 beantwortet.

Branchen	Zahl der Arbeiter	Die Lohnhöhungen betragen im Durchschnitt pro Woche	
		für die einzelne Person	zusammen
Etuisarbeiter . . . .	167	2,18	373,96
Koffermacher . . . .	9	1,89	16,98
Fressbergolber . . . .	5	2,59	12,96
Handbergolber . . . .	14	2,69	37,74
Etuischreiner . . . .	25	2,58	64,40
Zuschneider . . . .	4	2,20	8,82
Hülfsarbeiter . . . .	26	1,75	45,86
Etuisarbeiterinnen . . . .	128	1,59	203,64
Zuschneiderinnen . . . .	4	1,78	7,14
Hülfsarbeiterinnen . . . .	23	1,28	29,38

Der Mehrverdienst pro Woche beträgt somit für 250 Arbeiter rund 561 Mk., für den einzelnen im Durchschnitt 2,24 Mk., für 155 Arbeiterinnen 2,40 Mk., für die einzelne im Durchschnitt 1,55 Mk. Rechnet man nun die noch fehlenden Fragebogen im gleichen Verhältnis dazu, dann ergibt sich folgendes Gesamtergebnis: 406 Arbeiter Lohnhöhung a

Stundenlohn vor der Bewegung	Stundenlohn nach der Bewegung	Etuismacher	Koffermacher	Fressbergolber	Handbergolber	Etuischreiner	Hülfsarbeiter	Etuisarbeiterinnen	Hülfsarbeiterinnen	Mehrverdienst pro Woche	Stk.
10	13	—	—	—	—	—	—	1	1	20	10
11	14	—	—	—	—	—	—	1	1	94	11
13	16	—	—	—	—	—	—	1	1	90	13
14	18	—	—	—	—	1	1	6	1	32	14
15	19	1	—	—	—	—	—	5	1	26	15
16	20	—	—	—	—	—	—	2	1	20	16
17	21	—	—	—	—	—	—	3	1	14	17
18	22	—	—	—	—	3	3	1	1	08	18
19	24	1	—	—	—	1	1	2	1	56	19
20	25	1	—	—	—	—	—	10	3	50	20
21	26	1	—	—	—	—	—	5	1	44	21
22	27	—	—	—	—	1	19	1	1	38	22
23	28	1	—	—	—	1	3	15	1	32	23
24	30	1	—	—	1	—	2	23	1	80	24
25	31	1	—	—	—	1	20	—	1	74	25
26	32	3	1	—	—	—	11	—	1	68	26
27	33	5	1	—	—	—	4	7	—	62	27
28	35	8	1	—	—	—	2	5	—	2	28
29	36	5	1	—	—	—	—	—	—	04	29
30	37	7	1	—	—	—	1	2	—	98	30
31	38	2	—	—	—	—	1	1	—	92	31
32	39	7	—	—	—	—	—	1	—	86	32
33	40	13	3	—	—	—	2	1	—	80	33
34	42	12	—	1	—	—	—	—	—	28	34
35	43	12	—	—	—	—	2	—	—	22	35
36	44	19	1	—	—	3	1	—	—	16	36
37	46	10	—	1	2	—	—	—	—	64	37
38	47	17	—	—	—	4	2	—	—	58	38
39	48	8	—	1	—	—	1	—	—	52	39
40	49	17	—	1	5	—	—	—	—	46	40
41	50	6	—	1	1	—	—	—	—	40	41
42	52	3	—	—	1	2	—	—	—	88	42
43	53	2	—	—	1	—	—	—	—	82	43
44	54	2	—	—	—	—	—	—	—	76	44
45	55	—	—	—	5	1	—	—	—	70	45
46	56	2	—	—	—	—	—	—	—	64	46
47	58	1	—	1	—	—	—	—	—	12	47
48	59	—	—	—	2	1	—	—	—	06	48
49	60	1	—	—	—	2	—	—	—	3	49
55	68	1	—	—	—	1	—	—	—	72	55
59	72	—	—	—	—	1	—	—	—	50	59

2,24 Mk. = 910 Mk.; 300 Arbeiterinnen Lohn-erhöhung à 1,55 Mk. = 465 Mk., Gesamt-mehrverdienst pro Woche 1375 Mk.

Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt pro Woche 6 Stunden. Es wurde somit für die 700 in der Etuisbranche beschäftigten Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 4200 Stunden pro Woche erreicht.

Vorstehende Tabelle enthält die Angaben über den früheren und jetzigen Stundenlohn von den sich an der Statistik beteiligten Personen. Zugleich gibt die Tabelle einen Ueberblick über die durch die Bewegung hervorgerufene Steigerung der Löhne.

Möge die Kollegenschaft aus dem Verlauf und dem Resultat der Bewegung die Lehre ziehen, daß nur eine gute Organisation in der Lage ist, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erobern. Dieses Bewußtsein möge bei der Pforzheimer Kollegenschaft recht tiefe Wurzeln schlagen, damit das Erreichte auch erhalten bleibt, sowie ein weiterer Ausbau der Arbeitsverhältnisse möglich ist. Der Erfolg der Pforzheimer Etuisarbeiter wird ein Ansporn sein, auch für die Branchenangehörigen der Orte, in denen noch solche Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind, wie sie Pforzheim vor der Bewegung aufzuweisen hatte, damit der Wunsch, tarifliche Verhältnisse in der Etuisbranche zu schaffen, bald in Erfüllung gehen kann.

**Internationales.**

**Organisation, Arbeitszeit und Löhne der Buchbinder in Amerika.** Der amerikanische Buchbinderverband („International Brotherhood of Bookbinders of North America“) erstreckt seine Tätigkeit auf die Vereinigten Staaten und die britische Kolonie Kanada. Anfangs 1907 zählte er 123 Ortsgruppen, von welchen sich 88 in den nordatlantischen Staaten (hauptsächlich in New York, Massachusetts und Pennsylvania) befanden, 54 in den Zentral- und Weststaaten, 24 in den Südstaaten und 7 in Kanada. Trotz der verhältnismäßig vielen Ortsgruppen im Süden der Vereinigten Staaten ist dort die Organisations-lehre schwach, worauf gelegentlich der letzten Konvention (Verbandsstag), die im Juni 1906 zu Washington stattfand, der Verbandspräsident Robert Glodding in seinem Berichte besonders hinwies. Aus der Zeit vor 1898 sind keine Angaben über die Mitgliederzahl vorhanden; in diesem Jahre betrug sie 2600, 1899 2880, 1900 3600, 1901 5300, 1902 7000, 1903 8100, was der höchste bisher erreichte Stand war, denn 1904 gehörten nur 6500 Mitglieder dem Verbands an, 1905 6600 und 1906 6800. Diese Zahlen beziehen sich auf den Jahresdurchschnitt, wobei Mitglieder, die im Streik standen, oder mit den Beiträgen rückständig waren, bei der Berechnung für so viele Monate ausgeschieden wurden, als sie keine Beiträge bezahlten hatten. Der tatsächliche Mitgliederstand war daher in allen Jahren etwas höher. Eine Gegenüberstellung der Verbandsangehörigen mit den berufstätigen Buchbindern ist aus dem Grunde schwierig, weil kein Ausweis vorhanden ist über die Verteilung der Mitglieder auf die Vereinigten Staaten einerseits und Kanada andererseits; doch befindet sich in dem letztgenannten Lande ohne Zweifel bloß eine kleine Minderheit. In den Vereinigten Staaten wurden im Jahre 1900 durch die Berufszählung 30 286 Buchbinder und Buchbinderhilfsarbeiter ermittelt, wovon 14 651 männlichen und 15 635 weiblichen Geschlechts waren, so daß beiläufig ein Viertel der Gesamtzahl der Organisation angehört. Ueber die Zahl der weiblichen Mitglieder fehlen ebenfalls Angaben.

Die Zentralkleitung des Verbandes besteht aus einem Präsidenten, drei Vizepräsidenten, einem Generalsekretär (derzeit James M. Dougherty), einem Schatzmeister, einem Statistiker und zehn Vorstandsmitgliedern; drei von diesen Funktionären sind Arbeiterinnen. Nur der Präsident und Generalsekretär wohnen in New York, dem Sitze des Verbandes, alle übrigen Mitglieder des Vorstandes haben ihr

Domizil in verschiedenen Städten, teils in recht entlegenen Gebieten der Union.

Verbandsstage finden alle zwei Jahre statt. Doch müssen wichtige Angelegenheiten den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden. Urabstimmungen über Statutenänderungen sind auch vorzunehmen, wenn eine Ortsgruppe einen diesbezüglichen Antrag stellt (der im Verbandsorgan veröffentlicht wird), vorausgesetzt, daß er innerhalb 60 Tagen die Unterstützung von mindestens neun anderen Ortsgruppen findet.

Der Mitgliedsbeitrag an die Zentralkasse ist für männliche Arbeiter mit 40 Cents pro Monat, für Arbeiterinnen mit 15 Cents bemessen; er wird folgendermaßen auf die einzelnen Fonds aufgeteilt:

Organisationsfonds . . . .	Beitrag der	
	männl. Mitgl.	weibl. Mitgl.
Widerstandsfonds . . . .	10 Cents	3 Cents
Altenfonds . . . . .	5 "	5 "
Journalfonds . . . . .	5 "	2 "
Zusammen . . . . .	40 Cents	15 Cents

Die Höhe der Zuschläge, welche die Ortsgruppen erheben, ist verschieden; die Organisation hat bisher davon Abstand genommen, sie einheitlich zu regeln. Zentralisiert sind die Streikunterstützung und die Altersunterstützung (Beerdigungskostenbeitrag), doch steht es den Ortsgruppen frei, auch andere Unterstützungen zu pflegen, wenn sie es für notwendig erachten. Die Ausweise über die Finanzgebahrung des Verbandes dürfen nicht veröffentlicht werden, was übrigens noch bei vielen anderen amerikanischen Gewerkschaften der Fall ist, obzwar gerade die stärksten Organisationen und jene mit ausgebautem Unterstützungsweisen diesen Gebrauch längst aufgegeben haben.

Das Verbandsorgan „The International Bookbinder“ erscheint seit 1900 und zwar monatlich; es ist gewöhnlich 32 Oktavseiten stark und enthält gewerkschaftliche sowie allgemein aufklärende Artikel, einen Situationsbericht des Präsidenten, Ergebnisse von Urabstimmungen, Korrespondenzen aus den Ortsgruppen usw.

Der Verband strebt dahin, daß bei Abschluß von Tarifverträgen der Minimal-Wochenlohn nicht geringer als mit 15 Dollars angesetzt wird; doch müssen sich namentlich Ortsgruppen in kleinen Städten und solche, die erst seit kurzer Zeit bestehen, häufig auch mit weniger zufrieden geben. Nach dem Berichte des Statistikers an dem jüngsten Verbandsstag betrug der Durchschnittslohn in neun Ortsgruppen 20 Dollars oder mehr in der Woche, in 28 Ortsgruppen 18 bis 19,99 Dollars, in 42 Ortsgruppen 15 bis 17,99 Dollars, in den übrigen Ortsgruppen, worunter sich die nur aus Arbeiterinnen bestehenden befinden, weniger als 15 Dollars. Die tägliche Arbeitszeit der organisierten Buchbinder beträgt im Gebiet von 13 Ortsgruppen 8 Stunden, in einer Ortsgruppe 8½ Stunden, sonst 9 Stunden und nur in der Stadt Mobile (Alabama) 9½ Stunden. Eine Anzahl Ortsgruppen sandte keine Berichte über Löhne und Arbeitszeit ein. Gegenwärtig rüstet der Verband zur Einführung des Achtstundentages, nachdem schon im Vorjahre die Organisationen zweier graphischer Berufe: der Schriftsetzer und Lithographen, zur Erringung des Achtstundentages in den Streik traten\*, wogegen die Maschinenmeister und Druckereihilfsarbeiter mit den Unternehmern ein Abkommen trafen, demzufolge der Achtstundentag mit dem 1. Januar 1909 in Kraft treten soll.

Zum Vergleiche wird hier noch die Lohnstatistik des Arbeitsamtes zu Washington herangezogen, die sich auf die Jahre 1890—1905 bezieht und auf Abschriften von Lohnlisten und dergleichen beruht. Der Durchschnittslohn der (männlichen) Buchbinder stellte sich im Gesamtgebiete der Vereinigten Staaten im Jahre 1890 auf 26,8 Cents und stieg langsam auf 29,3 Cents 1899 und 1900, 30,4 Cents 1901, 31,0 Cents 1902, 31,3 Cents 1903,

\* Die Schriftsetzer haben zurzeit ihre Forderung in weitans den meisten Druckereien durchgesetzt; von den Lithographen sieht noch ein großer Teil im Streik.

31,8 Cents 1904 und 32,1 Cents 1905. (1 Cent = 4,2 Pf.) Wenn der Durchschnittslohn der zehn Jahre 1890 bis 1899 als Basis angenommen wird, so ergibt sich 1900 eine Lohnerhöhung der in Betracht gezogenen Arbeiter um 4,9 Proz., 1901 um 8,9 Proz., 1902 um 11,1 Proz., 1903 um 11,9 Proz., 1904 um 15,0 Proz., und 1905 um 15,9 Proz. Der Lohn der Gefertigten betrug im Durchschnitt der zehn Jahre 1890—1899 10,3 Cents, 1900 10,6 Cents, 1901 9,9 Cents, 1902 10,5 Cents, 1903 10,2 Cents, 1904 12,4 Cents und 1905 12,8 Cents, während der Durchschnittslohn anderer Arbeiterinnen von 8,3 Cents in der Periode 1890—1899 auf 10,3 Cents 1900, 10,9 Cents 1901, 11,1 Cents 1902, 11,4 Cents 1903 und 11,6 Cents 1904 stieg und im Jahre 1905 auf 11,4 Cents zurückging. Ueber die Verschiedenheiten der Höhe des Durchschnittslohnens in den einzelnen geographischen Regionen der Vereinigten Staaten gibt für das Jahr 1905 die folgende Tabelle Auskunft.

Geographische Regionen	Durchschn.-Stundenlohn in Cents		
	Buchbinder	Gefertigten	Andere Arbeiterinnen
Nordatlantische Staaten . . . . .	34,1	13,8	11,3
Südatlantische Staaten . . . . .	29,8	10,4	8,5
Nördliche Zentralstaaten . . . . .	31,0	12,9	10,5
Südliche Zentralstaaten . . . . .	31,5	11,2	11,6
Weststaaten . . . . .	36,3	14,7	16,4
Gesamtgebiet . . . . .	32,1	12,8	11,4

Die Löhne aller drei Arbeiterkategorien sind in den Weststaaten am höchsten; dort ist aber auch die Lebenshaltung am teuersten. In den südatlantischen Staaten kommen ebenso ausnahmslos die niedrigsten Löhne vor, weil dort die Gewerkschaft am schwersten Einfluß erlangen kann, was in der ökonomischen Entwicklung dieses Gebietes begründet ist. Die wöchentliche Arbeitszeit der Buchbinder dauerte im Jahre 1890 durchschnittlich 58¼ Stunden, 1905 53¼ Stunden, so daß sie um nicht ganz eine Stunde im Tag verkürzt wurde. Länger als durchschnittlich 54 Stunden in der Woche wird nur in den südatlantischen Staaten gearbeitet. Es muß berücksichtigt werden, daß sich diese amtliche Statistik sowohl auf organisierte wie auf nichtorganisierte Arbeiter bezieht.

### Arbeiterparlamente.

I.

Während der Osterfeierzeit fand in Berlin der 2. Verbandstag des Verbandes der Portefeuller und Leder-galanteriewerker Deutschlands statt. Die Verhandlungen gerade dieser Organisation erwecken naturgemäß unser reges Interesse, so daß ein etwas ausführlicheres Eingehen auf dieselben wohl geboten erscheint. Als äußeres Zeichen unserer Anteilnahme an den Verhandlungen ist die Delegation eines Mitgliedes des Verbandsvorstandes, des Kollegen E. Brüdner, Berlin, anzusehen.

Von den vorhandenen 5500 Berufsangehörigen der Portefeulleindustrie gehören nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes zirka 4000 dem Portefeullerverband, 150 dem Buchbinderverband, 100 dem Sattlerverband und 150 der christlichen Gewerkschaft an. Seit dem 1. Verbandstage erhöhte sich die Mitgliederzahl des Portefeullerverbandes um 1146 männliche und 380 weibliche Mitglieder, die Zahl der Verwaltungsstellen betrug am Schlusse des Jahres 1906 31. Nach einer vom Vorstand des Portefeullerverbandes vorgenommenen Zählung verteilen sich die Berufsangehörigen auf 55 Orte. In den eigentlichen Portefeullezentren, zu denen Berlin, Freiberg, Leipzig, Nürnberg, Stuttgart und Offenbach und Umgegend gezählt werden müssen, sind mehr als 90 Proz. der männlichen und 36 Proz. der weiblichen Berufsangehörigen organisiert. Aus dem Berichte des Vorsitzenden ist noch besonders die Aufmachung der „Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Offenbach“ hervorzuheben, wonach die Zahl der Mitglieder aus der Portefeulle-, Sattlerwaren- und Lederindustrie von 2065 im Jahre 1903 auf 3005 im Jahre 1906 gestiegen ist. Die Zahl der Mitglieder, die 4 Mk. und mehr pro Tag verdienen, stieg im gleichen Zeitraum von 696 auf

1389, also um das Doppelte. Im Jahre 1903 waren es 696 (33,70 Proz.), 1904: 750 (35 Proz.), 1905: 927 (38,29 Proz.), 1906: 1389 (46,20 Proz.) der in genannten Berufen beschäftigten Kaffeemitglieder, die mehr als 4 Mk. pro Tag verdienen. 77,41 Proz. verdienen im Jahre 1906 mehr als 3 Mk. pro Tag. Ein Refusikat, das durch die Lohnbewegung 1905 günstig beeinflusst wurde. Stieg doch die Zahl derer, die mehr als 4 Mk. pro Tag verdienen, in dem einen Jahre von 38,29 auf 46,20 Proz.

In den drei Jahren seit dem ersten Verbandstage war jedes Mitglied des Verbandes krank 0,82, 0,88 resp. 1,04 Wochen, arbeitslos 0,47, 0,39 resp. 0,23 Wochen. Die Summe der Krankheitsfälle übertrage die der Arbeitslosigkeit um das Untertalbfache. Während auf jedes Mitglied 1,09 Wochen Arbeitslosigkeit entfielen, kam auf Krankheit 2,74 Wochen. Vorherrschend sind Erkrankungen der Lunge, der Atmungsorgane, Rheumatismus, Nerven- und Magenleiden.

Die Finanzabrechnung des Verbandes ist eine günstige. Die Zentralkasse vereinnahmte in den drei Jahren der Berichtszeit 164 002,38 Mk. und gab 66 091,48 Mk. aus. Der Bestand beläuft sich auf 97 910,90 Mk.

Ueber „Tarifgemeinschaft“ referierte Weinschild. Im Jahre 1905 wurden in allen für den Beruf maßgebenden Orten Tarifverträge abgeschlossen, die bis zum Jahre 1908 Geltung haben. Redner schildert dabei eingehend die technische Entwicklung des Berufes, im besonderen die Ruhrbarmachung der Maschinenarbeit, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Die Organisation habe sich nicht gegen die Einführung der Maschinen gewandt, sondern nur dafür gefordert, daß nicht die Maschinenarbeit zum Nachteil der Arbeiter ausfalle, vielmehr, soweit die Entlohnung in Betracht kommt, eine Besserung herbeigeführt wird. Interessant sind die Ausführungen eines Vertreters der Zwischenmeisterorganisation, die derselbe im Verlaufe der Diskussion zu diesem Punkte machte. Er erklärte, daß er gegen die Organisation der Arbeiter viele Bedenken gehabt habe, nicht minder dagegen, daß die Zwischenmeister sich organisieren sollten. Aber er habe sich mittlerweile von der Nützlichkeit der Organisation überzeugt. Anfänglich glaubte er, die Forderungen könne die Industrie nicht bewilligen, sie müsse dabei zugrunde gehen. Der Zusammenhalt hat die Befürchtungen nicht bestätigt. Durch den Tarif ist eine feste Grundlage für die Kalkulation geschaffen. Schwierig wird die Position der Zwischenmeister dadurch, daß viele den Tarif nicht innehalten und damit der Meister, der den Tarif beachtet, ungünstiger gegen den Fabrikanten gestellt ist.

Ueber „Stellungnahme zum Industrieverband“ referierte ebenfalls Weinschild. Wie der Referent ausführte, hat es die Entwicklung der Produktionsverhältnisse mit sich gebracht, daß die Portefeuller immer mehr von den Buchbindern entfernt werden, während sie vielfach mit Sattlern in einer und derselben Werkstatt zusammen arbeiten, mit demselben Material und oft auch an demselben Artikel. Die Unternehmer, die Arbeiter beider Berufe beschäftigten, sind einheitlich organisiert, die Arbeiter dagegen in zweierlei Organisationen getrennt. Der Redner hält eine Verschmelzung der beiden Verbände für sehr wünschenswert und auch für praktisch durchführbar. Der Vertreter des Sattlerverbandes erklärte, daß Vorstand und Ausschuß seines Verbandes sich grundsätzlich mit der Verschmelzung einverstanden erklärt haben. Er äußert den Wunsch, daß der nächste Verbandstag der Portefeuller zugleich mit dem der Sattler im Jahre 1909 in Köln stattfinden möge, damit dort diese Frage erledigt werden kann, und daß inzwischen die Vorstände beider Verbände beständig mit einander in Verbindung bleiben und sich über Tarifbewegungen verständigen sollen. — Im Verlaufe der Diskussion äußerten sich die meisten Redner zustimmend zur Verschmelzung, wenngleich noch einige Bedenken dagegen laut wurden. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Der zweite Verbandstag ist im Prinzip mit der Verschmelzung des Sattler- und Portefeullerverbandes einverstanden und beauftragt den Verbandsvorstand und Ausschuß, vor Ablauf der jetzt gültigen Tarifverträge sich mit der Leitung des Sattlerverbandes in Verbindung zu setzen und Beratungen darüber zu pflegen, wie die Verschmelzung beider Organisationen vor sich gehen soll. Sind die Vorarbeiten so weit gediehen, so hat der Vorstand das Recht, mit der Leitung des Sattlerverbandes einen gemeinsamen Verbandstag einzuberufen.“

Ebenfalls einstimmig angenommen wurden nach längerer Debatte die Vorschläge, welche die Kommission zur Beratung der Unterstützungsätze dem Verbandstage vorlegte. Es werden nunmehr gewährt:

### Im Falle der Arbeitslosigkeit:

Männliche Mitglieder:		Eingezahlte Beiträge
Mitgliedschaft und Beitragsleistung bei		
52 Wochen pro Tag 1.—Mk. bis 18.—Mk. = 18 Tg.	23,40 Mk.	
104 " " " 1.— " " 36.— " = 36 "	46,80 "	
208 " " " 1,50 " " 63.— " = 42 "	93,60 "	
364 " " " 1,75 " " 94,50 " = 54 "	163,80 "	
Weibliche Mitglieder:		
52 Wochen pro Tag 0,75 Mk. bis 15.—Mk. = 20 Tg.	10,40 Mk.	
104 " " " 0,75 " " 21.— " = 28 "	20,80 "	
156 " " " 1.— " " 28.— " = 28 "	31,20 "	
208 " " " 1.— " " 35.— " = 35 "	41,60 "	

### Im Falle der Krankheit:

Männliche Mitglieder:		Eingezahlte Beiträge
Mitgliedschaft und Beitragsleistung bei		
52 Wochen pro Tag 0,75 Mk. bis 18.—Mk. = 24 Tg.	23,40 Mk.	
104 " " " 0,75 " " 36.— " = 48 "	46,80 "	
208 " " " 1.— " " 63.— " = 63 "	93,60 "	
364 " " " 1,26 " " 94,50 " = 75 "	163,80 "	
Weibliche Mitglieder:		
52 Wochen pro Tag 0,50 Mk. bis 15.—Mk. = 30 Tg.	10,40 Mk.	
104 " " " 0,50 " " 21.— " = 42 "	20,80 "	
156 " " " 0,70 " " 28.— " = 40 "	31,20 "	
208 " " " 0,70 " " 35.— " = 50 "	41,60 "	

Bisher betragen die Sätze bei Arbeitslosigkeit für männliche Mitglieder nur 75 Pf., für weibliche nur 50 Pf. Bei Krankheit wurden den männlichen Mitgliedern bisher nur 50 Pf., den weiblichen nur 30 Pf. pro Tag gezahlt. Die Maximalsumme für die männlichen Mitglieder bei längerer Mitgliedschaft betrug, bei Arbeitslosigkeit wie Krankheit, 37,50 Mk., für weibliche Mitglieder 30 Mk. Die Unterstützung tritt im Falle der Arbeitslosigkeit im vierten Tage, im Falle der Krankheit mit Beginn der zweiten Woche in Wirksamkeit. Die Beratung des Statutenentwurfes zeitigte die Einführung einer Unterstützung in Sterbefällen, welche zwischen 20 und 50 Mk. bei einer Mitgliedsdauer von 104 bis 260 Wochen bei den männlichen und zwischen 15 und 30 Mk. bei einer Mitgliedsdauer wie vorstehend bei den weiblichen Mitgliedern schwankt. Das Eintrittsgeld wurde von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 20 auf 25 Pf. für weibliche, der wöchentliche Beitrag von 30 auf 45 Pf. für männliche und von 15 auf 20 Pf. für weibliche Berufsangehörige erhöht. Weiter gelangte eine Unzulagskostenunterstützung für Mitglieder mit eigenem Hausstand, welche infolge unfreiwilliger Arbeitslosigkeit den Wohnort wechseln müssen, zur Annahme. Derselbe beträgt nach zweijähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 30 Mk., nach dreijähriger 40 Mk. und nach vierjähriger 50 Mk. Sie darf jedoch die tatsächlich entstandenen Kosten nicht übersteigen und wird nur dann ausbezahlt, wenn der zukünftige Wohnort mindestens 20 Kilometer vom alten entfernt ist.

Die Gehälter der Lokalbeamten und die Unterhaltungskosten der Büroräume der Zahlstellen werden aus der Zentralkasse bestritten. Die Zahlstellen erhalten 10 Proz. der Verbandsbeiträge — statt bisher 15 Proz.

Der Entwurf eines Streikreglements, den der Verbandsvorstand ausgearbeitet hat, wurde ohne längere Debatte angenommen. Die Streikunterstützung wird erhöht und zwar für weibliche Mitglieder von 6 auf 7 Mk., für männliche ledige Mitglieder von 9 auf 12 Mk. und für männliche verheiratete Mitglieder von 12 auf 15 Mk. Für jedes Kind wird außerdem 1 Mk. pro Woche gezahlt.

Die erhöhten Beiträge werden vom 1. Juli 1907 ab gezahlt; die erhöhten Unterstützungsätze treten am 1. Oktober 1907 in Kraft.

Der Verbandstag beschloß, vorläufig von der Anstellung eines zweiten Beamten abzusehen; sollte sich jedoch während der Tarifbewegung die Anstellung notwendig machen, so ist die Stellung auszusprechen. Dann wurden die Gehälter festgesetzt und zwar für den Geschäftsführer (Verbandsvorsitzenden) auf 2400 Mk., steigend nach dem ersten Jahr um 100 Mk., dann um 50 Mk. jährlich bis zum Höchstgehalt von 3000 Mk.; für den eventuell anzustellenden zweiten Verbandsbeamten und für die Lokalbeamten auf 1800 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Gehalt von 2100 Mk., dann um 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk. Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenkasse werden ganz, die zur Unterstützungsvereinigung zur Hälfte von der Verbandskasse gezahlt.

Das Amt des Verbandsvorsitzenden und Redakteurs soll auch fernerhin von einer Person verwaltet werden. Der Sitz des Verbandes ist nach wie vor Offenbach a. M. Als Verbandsvorsitzender und Redakteur wurde Hermann Weinschild einstimmig wiedergewählt, als Verbandscaffierer Johann Buch. Der Sitz des Verbandsausschusses bleibt in Berlin. Zum Ausschußvorsitzenden wurde Hermann Wolf gewählt.

Als Ort für die Abhaltung des nächsten ordentlichen Verbandstages wurde Offenbach gewählt.

**Bericht vom Gantag des Gaues 9.**

Abgehalten am 14. April 1907 in Gera.

Der Gantag wurde vom Gauvorsitzenden Thiele-Erfurt eröffnet. Derselbe begrüßte die Anwesenden und ermahnte zu sachlicher Behandlung der zu erörternden Fragen. Die Präsenzkasse ergab die Anwesenheit sämtlicher Delegierten, nämlich von Altenburg: Horn und Jänide, Jena: Hartmann, Erfurt: Mähler und Smolny, Eisenach: Köllner, Eisenberg: Engelmann, Lange, Mingen Schmidt und Frau Eichler, Gotha: Seegelfen und Stoll, Gera: Mathies und Kühn, Weim: Geißler und Tschorn, Jena: Lien, Langensalza: Müller, Naucha: Thiele und Popp, Saalfeld: Heinz, Weimar: Waschau. Anwesend sind ferner vom Gauvorstand: Thiele und Gode, als Vertreter der Einzelmitglieder von Arnstadt: Kaiser, als Gast Langer und Behm.

Die Bureauwahl ergab als Vorsitzende Gode und Lien, als Schriftführer Jänide und Tschorn. Nach der Konstituierung des Bureau wird begrüßt Bischoff-Gera die Delegierten und wird, nachdem sämtliche Eisenberger Delegierte mit vollen Rechten anerkannt wurden — Eisenberg ist eigentlich nur zu 2 Delegierten berechtigt, fandte aber angesichts seiner großen Mitgliederzahl vier — und diese erklärten, daß genannte Zahlstelle die Delegationskosten selbst trägt — in die Tagesordnung eingetreten.

**1. Bericht des Gauvorstandes und Kassenbericht.**

Thiele berichtet, daß die Zahl der Einzelmitglieder von 26 auf 53 gestiegen ist und daß in Langensalza und Arnstadt Lohnbewegungen stattfanden. Erfurt ist jetzt dem verlorenen Streik das Schmerzenskind des Gaues, indem der Mitgliederbestand beträchtlich gesunken ist. Jetzt macht sich jedoch ein Aufstieg bemerkbar. Gute Aussichten bieten Gotha und Langensalza. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1906 330,06 Mk. Im Anschluß an diesen Bericht wird die Wahl von Kassenrevisoren vorgenommen und Seegelfen und Köllner gewählt.

Da Eisenberg seit dem 2. Quartal 1905 den Gaubeitrag verweigerte, werden die Delegierten Eisenbergs am Aufschluß erucht. Dies geschieht durch Engelmann, welcher erklärte, daß die Kasse nicht in der Lage gewesen sei, den Beitrag zu entrichten. Die Zahlstelle habe viele weibliche Mitglieder und sei für diese der Beitrag von 10 Pf. pro Quartal zu hoch. Die Zahlstelle gewähre aus lokalen Mitteln Krankengeldzuschuß und spiele auch der letzte Streik bei der Kalamität eine erhebliche Rolle. Wenn eine so lange Zeit verstrichen sei, um die Sache ins Reine zu bringen, so liege die Schuld am Gauvorstand. Die Zahlstelle Eisenbergs habe einen Gantag beantragt, einberufen sei keiner worden. Mähler nimmt den Gauvorstand in Schutz. Wenn manches nicht so recht klappte, so liege das in den Verhältnissen. Der damalige Gauvorsitzende Jünemann fand keine Arbeit mehr in Erfurt und mußte Erfurt verlassen. Daher die Verzögerung.

Im Laufe der Debatte stellte sich heraus, daß der Gaubeitrag für weibliche Mitglieder in verschiedener Höhe geleistet wurde. Dies wurde von Lien stark verurteilt. Er beantragt, den Antrag Altenburg: „Die Gantasse am 1. April 1907 aufzulösen“, hierbei mit zu erledigen. Dies wird beschlossen. Nachdem Tschorn für Aufhebung der Gantasse plädierte, indem er ausführte, das für Gantage verbrauchte Geld fände anderweit nutzbringendere Verwendung und Smolny, Köllner und Lien die Gantage für befruchtend hielten, somit auch die Gantasse im Interesse kleiner, zahlungsunfähiger Zahlstellen für nötig erklärten, zieht Jänide den Antrag zurück. Kühn findet den Beitrag zu hoch, desgleichen Engelmann, welcher beantragt, für männliche Mitglieder 6 Pf., für weibliche Mitglieder 4 Pf. pro Quartal zu erheben. Popp und Lien halten diesen Beitrag für nicht ausreichend und beantragt Lien, für männliche Mitglieder 10 Pf., für weibliche Mitglieder 5 Pf. zu erheben. Die Abstimmung war namentlich und ergab 12 Stimmen für Antrag Lien und 10 Stimmen für Antrag Engelmann.

Hierauf berichtet die Revisoren der Gantasse die Wichtigkeit derselben und werden die Funktionäre entlastet.

**2. Bericht der Zahlstellen.** Jänide beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da die Mitglieder durch Zeitungsberichte und so weiter orientiert sind. Andererseits dränge auch die reichhaltige Tagesordnung dazu. Dieser Antrag wird angenommen.

**3. Antrag Eisenach-Erfurt:** Anstellung weiterer besoldeter Gauleiter, besonders für Thüringen.

Köllner begründet den Antrag unter Hinweis auf die im Gau stark vertretene noch zu organisierende Kartonnagenbranche. Smolny und Gode pflichten bei und bemerken, daß die Arbeit im Nebenamt nicht zu bewältigen sei. Der Vorstand würde sich durch Gewinnung neuer Mitglieder bezahlt machen. Behm erklärt sich ebenfalls für Anstellung besoldeter Gauleiter, glaubt aber in Rücksicht auf von „christ-

lichen“ Gewerkschaften bedrängte Bezirke diesen den Vorrang lassen zu müssen. Ebenso Engelmann. Heinz befürchtet die mit der Anstellung verbundenen Kosten. Nachdem Gode, Köllner und Müller Beispiele anführten, daß auch in unserem Gau die Christlichen stark tätig sind, wird dieser Antrag angenommen. Langer wünscht, um den Antrag wirkungsvoller zu machen, denselben vom Gau zu stellen.

**4. Antrag Eisenberg:** Der Gantag möge sich mit der Staffelbeitragsfrage befassen.

Engelmann erklärt die Einführung in andertracht der verschiedenen hohen Entlohnung für dringend geboten. Behm pflichtet dem bei, bemerkt aber ausdrücklich, der jetzt bestehende 45 Pf.-Beitrag solle der Mindestsatz sein. Im gleichen Sinne äußern sich Gode und Lien. Langer erklärt sich als Gegner des Staffelbeitrags. Tschorn führt aus, daß eine tiefere Klasse geschaffen werden müsse. Hier und da gebe es noch Löhne von erschreckender Tiefe. Diesen schlecht entlohnerten Kollegen soll es leichter gemacht werden, sich zu organisieren. Er tritt jedoch auch für eine höhere Klasse ein, so daß 3 Klassen entstünden. Die Leistungen des Verbandes sollen davon nicht berührt werden; die Bezüge sollen sich nur nach den Beitragswochen, nicht nach der gezahlten Summe steigern. Auf diese Weise trügen die kräftigeren Schulkern einen Teil der Last der Schwachen. Dies sei ein Akt der Solidarität. Würde man die Leistungen der Beitragsklassen entsprechend staffeln, so würde dies die Verwaltungskosten bedeutend erhöhen, denn die örtlichen Funktionäre müßten entschädigt werden. Man soll diese Mittel daher den Arbeitslosen zugute kommen lassen. Hierauf fand eine Resolution Mähler Annahme. Sie lautet:

„Der Gantag hält die Einführung des Staffelbeitrags im Interesse der Organisation für empfehlenswert, will aber, daß der jetzt bestehende Beitrag als Mindestsatz bestehen soll.“

**5. Anträge Jena-Eisenach,** Einführung von Kranken- sowie Jubiläumsunterstützung.

Lien begründet diese Anträge. Er hebt hervor, daß einerseits den alten Kollegen etwas geboten würde und andererseits diese Unterstützungs zweige wirkungsvolle Agitationsmittel sind. Er führt als Beispiele andere Verbände an. Thiele ergänzt diese Ausführungen. Mathies und Kühn treten nur für Krankenunterstützung ein. Desgleichen Smolny, welcher jedoch auch für Jubiläumsunterstützung Sympathie hegt. Aber würde beides eingeführt, dann würde durch den hohen Beitrag die Agitation arg erschwert. Seegelfen, Behm und Jänide sprechen für Jubiläumsunterstützung. Tschorn erklärt sich für beide Unterstützungs zweige, jedoch müsse die Mitgliedschaft dazu fakultativ sein. Im anderen Falle wäre er Gegner, um die Organisation schlechter entlohneter Kollegen nicht unmöglich zu machen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Krankenunterstützung, eine Minderheit für Jubiläumsunterstützung.

**6. Antrag Eisenach,** den nächsten Verbandstag in Eisenach, mindestens aber in Thüringen stattfinden zu lassen.

Diesen Antrag begründet Köllner. Er meint, der Verbandstag würde befruchtend auf Thüringen wirken. Engelmann glaubt, daß keine Zahlstelle des Gaues in der Lage sei, die damit verknüpften Kosten zu tragen. Dieses bezweifelt Jänide. Seegelfen meint, maßgebend müsse immer die geographisch günstigste Lage sein. Lien findet alle Zurechnungen in Jena vereint und wird beschlossen, dem Delegierten zum Verbandstag diesen Wunsch mit auf den Weg zu geben.

**7. Antrag Eisenach,** das Tarifamt möge alle Arbeitgeber der Buchbinderbranche, welche Gehülften beschäftigen, ersuchen, sich der Tarifgemeinschaft anzuschließen.

Nachdem Köllner dafür, Lien dagegen gesprochen, indem er ausführte, daß ohne Druck nichts zu erreichen ist, wird einstimmig beschlossen, diesen Antrag dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

**8. Antrag Eisenach** zum § 57 des Statuts. Je 200 Mitglieder haben das Recht, 1 Delegierten zu wählen, Zahlstellen über 200 Mitglieder die ersten 200 Mitglieder einen, bis 500 zwei, bis 1000 drei und über 1000 vier Delegierte.

Köllner begründet den Antrag und hebt hervor, daß die Provinzialer jederzeit von den Großstädtern überstimmt würden, obgleich diese vielfach keine Abnung von den heimstädtischen Verhältnissen haben. Dies sei Unrecht. Der Antrag wird nach kurzem Zur und Wider abgelehnt.

**9. Antrag Eisenberg:** Der Gantag möge beschließen, bei künftigen Gantagen haben Zahlstellen bis zu 25 Mitgliedern 1 Delegierten, bis 50 zwei und für jedes weitere angefangene 50 1 Delegierten zu entsenden.

Den Antrag erläutert Lange. Er führt aus, daß das demokratische Prinzip schon verlange, daß starke Zahlstellen auch entsprechende Vertretung erhalten. Zu weitgehend sei der Antrag keineswegs. Lien pflichtet dem bei und wird der Antrag gegen die Stimmen der Erfurter Delegierten angenommen. Diese begründen ihre Abstimmung mit ihrem gebundenen Mandat, was Langer veranlaßt, das gebundene Mandatswesen zu kritisieren.

**10. Verschiedenes.**

Hierzu führt Behm aus, daß zu Verbands- und Gantagen nur Kollegen delegiert werden sollen, welche noch im Beruf tätig sind. Den Beamten und Nebakteuren entgehe mit der Zeit die Führung mit den ehemaligen Berufskollegen. Gode erkennt den gebundenen Keim des Antrages an, hält es aber nicht für angängig, diese Kollegen in ihren Mitglieder-rechten zu beschneiden, zumal sie wohl allgemein die besten Mitarbeiter waren. Nachdem Lien und Engelmann dagegen gesprochen und erklärt wurde, man könne sich da helfen, indem man sie einfach nicht wählt, wurde der Antrag abgelehnt. — Vorsitzender Gode will die Neuwahl des Gauvorstandes vornehmen. Smolny bezweifelt die Notwendigkeit, da weder dies- noch jenseitige Anträge noch Beschwerden vorliegen. Es bleibt schließlich beim alten. — Als Ort des nächsten Gantages wird mit 14 Stimmen Eisenberg gewählt. Auf Gotha entfielen 9 Stimmen. Anschließend für Eisenberg war die nicht un günstige Lage und die große Delegiertenzahl genannter Stadt. — In Bezug auf die Gantagsdiäten wird beschlossen, 5 Mk. und Fahrt 3. Klasse zu gewähren. Den Gothaer Kollegen wird das Übernachten vergütet. Die Höhe bestimmt der Gauvorstand. — Einem Wunsch Mählers, schon heute den nächsten Gantag zeitlich festzulegen, wird nicht entsprochen, sondern dieses dem Gauvorstand überlassen. — Frau Eichler ist dafür, daß den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ an Stelle der „Buchbinder-Zeitung“ übermittelte werde. Derselben brachten die Frauen bedeutend mehr Interesse entgegen; durch die Kinderbeilage genannter Zeitschrift sei auch in puncto Jugendberziehung Erfolg zu erwarten. Tschorn und Bischoff pflichten bei, während Langer dieses für eine lokale Aufgabe erachtet und Behm die Kosten scheut. Die Abstimmung ergab eine Majorität für die Anregung der Frau Eichler. — Langer wünscht die Gauinteilung weniger nach „Vaterländern“, sondern mehr der Lage entsprechend geregelt. Dem wird beigestimmt und auf Vorschlag Liens dem Gauvorstand überwiesen. — Nachdem Gode die Delegierten ersucht, dahin zu wirken, daß die Berichterstattungen pünktlicher erledigt werden, schließt Vorsitzender Lien den Gantag mit einem Hoch auf den Verband.

Schluß 4 1/2 Uhr. Artur Tschorn, Schriftführer.

**Jahresbericht des Gaues 8.**

Der Sturmwind, der im verfloffenen Jahre über unsere Organisation dahin brauste und das Verbandsgebäude in seinen Grundfesten erzittern ließ, ist nicht unbeachtet an unseren Augen vorübergezogen, und mit Spannung verfolgten wohl alle Mitglieder unseres Gaues die in den Tarifstädten sich abspielenden Ereignisse, um aus den Erfahrungen dieses Kampfes die Lehren für die Zukunft zu ziehen. Und die Quintessenz dieser Lehren ist, daß wir alles, aber auch alles daran setzen müssen, damit die tariflichen Vereinbarungen unseres Gewerbes ihr Fundament nicht nur in der guten Organisation in den großen Städten, sondern in ihrer Kraft und Macht im ganzen Reiche finden müssen. Die Mittel und Wege zu schaffen, die geeignet sind, auch den letzten Berufsangehörigen im Reiche zur Organisation heranzuziehen, das muß Aufgabe des kommenden Verbandstages sein.

Was unter den gegenwärtigen Verhältnissen in unserem Gau getan werden konnte, um die Organisation zu stärken und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, das ist im verfloffenen Jahre getan worden. Erwecken die erzielten Ergebnisse auch nicht die volle Zufriedenheit aller, so sind sie doch im allgemeinen als befriedigend anzusehen.

Die Zahlstelle Hannover hatte im Jubeljahre ihres 25 jährigen Bestehens eine Revision und Erneuerung ihrer im Jahre 1903 mit den Unternehmern getroffenen tariflichen Vereinbarungen vorzunehmen. Es gelang hierbei, in den größeren Betrieben die Minimallohnhöhe um 1—2 Mk. zu erhöhen, während die revidierten Tarifstarife in den Geschäftsbüchereifabriken mit dem 1. Januar 1907 in Kraft treten sollten. Die neuen Vereinbarungen gelten bis zum 30. September 1910. In den Innungsbetrieben waren die Verhandlungen am Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen.

In Vielefeld müssen wir leider einen Niedergang der Mitgliederzahl, insbesondere der weiblichen, konstatieren. Den Ursachen dieses Niederganges nachzuforschen, muß Aufgabe der Zahlstellenverwaltung sein, um diesen Verlust im kommenden Jahre wettmachen zu können.

In Kassel ist leider unser Wunsch, den wir im letzten Jahresbericht äußerten, nicht beherzigt worden. Die dort ausgebrochenen persönlichen Zwistigkeiten wurden zum Gaudium der Kasseler Unternehmer eifrig fortgesetzt. Ob durch die Vermittlung des Verbandsvorstandes nunmehr eine dauernde Besserung herbeigeführt wurde, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Hoffen wir es, denn die im nächsten Jahre bevorstehende Tarifrevision erfordert dringend die Einigkeit aller Kollegen!

Aus Braunschweig ist als erfreulich zu berichten, daß nunmehr auch eine Anzahl Arbeiterinnen sich der Organisation angeschlossen haben. Durch eine Lohnbewegung bei der Firma Westermann gelang es, eine allgemeine Lohnzulage von 2 Mk. zu erreichen. Ebenso wurde in einigen anderen Betrieben eine Lohnzulage von 1—2 Mk. durchgedrückt.

Aus Hildesheim ist sonderliches nicht zu berichten. Die Zahlstelle hat sich auf der alten Höhe gehalten.

Was alle Bemühungen unsererseits nicht vermochten, nämlich die Kollegen und Kolleginnen in Herford i. W. von neuem für die Organisation zu interessieren, das hat der Uebermut eines der dortigen Unternehmer zuzugebracht. Das brutale Vorgehen eines Kartonnagenfabrikanten und seines Werkführers trieb die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Kartonnagenfabrik in den Streik, der jedoch bereits nach wenigen Stunden zugunsten unserer Kollegen beendet wurde. Dieses hatte zur Folge, daß wir am letzten Sonntag des Jahres in Herford von neuem eine Zahlstelle unseres Verbandes mit 58 Mitgliedern gründen konnten. Der gute Geist, der dort jetzt herrscht, bürgt wohl für ihr dauerndes Bestehen.

Am den Gauvorstand zahlende Einzelmitglieder waren am Beginn des Jahres 63 vorhanden. Eingetretene sind im Laufe des Jahres 89, zugereist 73, abgereist 81, ausgeschloffen 4, ausgeschloffen nach § 15a 25, nach § 15b 1, der neu gegründeten Zahlstelle Herford zugewiesen 58 Mitglieder. Es bleibt somit am Schlusse des Jahres ein Bestand von 61 Einzelmitgliedern. Diese verteilen sich auf die Orte Göttingen, Detmold, Hofgeismar, Minden i. W., Einbeck, Marburg, Hameln, Osnabrück, Goslar, Bückeburg, Melle, Bünde i. W., Sulzinger, Verden, Steinheim i. W., Burgdorf, Alfeld, Dehnhausen, Wartrup und Münstorf.

In nachstehender Tabelle geben wir eine genaue Aufstellung über die Verteilung der Mitglieder im Gau überhaupt.

Ort	Am Beginn des Jahres		Am Schlusse des							
	1. Quartals		2. Quartals		3. Quartals		4. Quartals		Summe	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.		
Hannover	363	146	375	280	425	432	442	438	454	346
Bielefeld	131	55	128	38	123	15	107	7	118	4
Kassel	61	6	59	2	53	2	51	3	53	3
Braunschweig	43	—	46	8	47	8	41	7	43	7
Hildesheim	10	2	10	2	13	—	13	—	11	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	31	22
Einzelmitgl.	63	—	60	—	88	3	70	—	61	—
	644	209	678	330	749	460	724	455	771	382
	853	—	1008	—	1209	—	1179	—	1153	—

Das wichtigste Ereignis des verfloffenen Jahres war wohl die Abhaltung des 3. Gautages am 27. Mai in Hannover. Vertreten war der Gau durch 21 Delegierte, 3 Einzelmitglieder, 4 Gäste und die 2 Mitglieder des Gauvorstandes. Da über die Verhandlungen des Gautages und die gefassten Beschlüsse bereits in der Nr. 24 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 16. Juni 1906 ausführlich berichtet wurde, so erübrigt es sich, nochmals näher darauf einzugehen.

Einer steigenden Inanspruchnahme seitens der Arbeitgeber erfreut sich unser Zentralarbeitsnachweis für den Gau. Leider müssen wir aber konstatieren, daß unsere jüngeren Kollegen dem Arbeitsnachweis nicht den nötigen Ernst entgegenbringen, konnten doch zahlreiche Stellen im Gau nicht besetzt werden, weil die Kollegen sich nicht bereit finden ließen, nach außerhalb zu gehen.

Den Wünschen auf Stellung von Referenten usw. suchen wir nach Möglichkeit gerecht zu werden. Leider waren wir jedoch nicht in der Lage, alle an uns herangetragenen Wünsche, insbesondere die, die auf persönliche Erscheinen des Gau Bevollmächtigten gerichtet waren, zu erfüllen. Die Verwaltungsarbeiten des Gaus nehmen fast die ganze freie Zeit des Bevollmächtigten in Anspruch. Einen Ueberblick über die umfangreiche Arbeit, die im Gau zu erledigen ist, gibt folgende Aufstellung über den Ausgang der Postfachen. Dieser betrug im verfloffenen Jahre 299 Briefe, 121 Postkarten, 57 Druckfachen, 23 Postanweisungen, 9 Pakete und 1 Telegramm. Die Zahl der Zeitungsendungen betrug 1290.

In nachstehenden geben wir unseren Klassenbericht:

**Verbandsliste.**

**Einnahmen:**

Am Ort behalten vom 4. Quartal 05	103,23	Mk.
26 Aufnahmen à 0,20 Mk.	5,20	"
47 " " " " " " " "	23,50	"
7 " " " " " " " "	7,—	"
91 Beiträge à 0,20 " " " "	18,20	"
3624 " " " " " " " "	1630,80	"
1252 Extrabeiträge à 0,20 Mk.	250,40	"
Auf Listen gesammelt für die Ausgesperrten	92,60	"
Aus der Gaufasse für die Ausgesperrten	100,—	"
<b>Summa</b>	<b>2230,93</b>	<b>Mk.</b>

**Ausgaben:**

4 Tage Arbeitslosen = Unterstützung à 0,50 Mk.	2,—	Mk.
67 Tage Arbeitslosen = Unterstützung à 0,50 Mk.	50,25	"
56 Tage Arbeitslosen = Unterstützung à 1,25 Mk.	70,—	"
15 Proz. der Beiträge	247,34	"
8	131,92	"
Umzugs-Unterstützung an 1 Mitglied	20,—	"
Für außerordentliche Agitation	40,—	"
Eingefandt an die Verbandskasse	1334,40	"
Am Ort behalten	335,02	"
<b>Summa</b>	<b>2230,93</b>	<b>Mk.</b>

**Gaufasse.**

**Einnahmen:**

Bestand am Anfang des Jahres	578,95	Mk.
15 Proz. der Verbandsbeiträge	247,34	"
Gaubeitrag Hannover 4. Quartal 05 bis 3. Quartal 06	144,90	"
Gaubeitrag Bielefeld 4. Quartal 05 bis 3. Quartal 06	49,00	"
Gaubeitrag Braunschweig 1. Quartal 06 bis 4. Quartal 06	16,—	"
Gaubeitrag Kassel 3. Quartal 05 bis 4. Quartal 05	-10,—	"
Gaubeitrag Hildesheim 3. Quartal 05 bis 2. Quartal 06	4,80	"
Gaubeitrag Einzelmitglieder 1. Quart. 06 bis 4. Quartal 06	26,90	"
Sonstige Einnahmen	2,50	"
<b>Summa</b>	<b>1080,49</b>	<b>Mk.</b>

**Ausgaben:**

Briefporto, Porto der Vertrauensleute, Straffporto und Postgebühren	94,68	Mk.
Zeitungsporto	61,06	"
Schreibmaterial	8,65	"
Arbeitsnachweis	18,—	"
Unterstützung an 4 Mitglieder	70,—	"
Agitation	34,50	"
Beitrag zu den Gewerkschaftskartellen	5,94	"
Für die Ausgesperrten	100,—	"
Unkosten des Gautages	264,60	"
Sonstige Ausgaben	15,72	"
Staffenbestand	407,34	"
<b>Summa</b>	<b>1080,49</b>	<b>Mk.</b>

Hannover. Geiur. Kornader.

**Korrespondenzen.**

**Nachstehende Firmen sind gesperrt: M. Beck, Kartonprägeri in Berlin, R. Priester u. Co., Luxuspapier- und Zelluloidwarenfabrik in Berlin, Spänle in Offenbach und G. Wolfensberger in Zürich.**

**Gesperrt sind für Buchbinder die Sektionen Genf, Lausanne, Neuenburg (Neuchâtel), Chaug de Fonds und Locle des schweizerischen Buchbinderverbandes; für Eisnarbeiter: Wien.**

**Vor Annahme von Stellung für Buchbinder und Linierer nach Bielefeld ist zuvor beim dortigen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Lohn- und Arbeitsverhältnissen einzuziehen.**

**In Haag in Holland ist das Personal der Firma Ritter, dreizehn Gehülften und neun Arbeiterinnen, in den Streik getreten. Anzug ist fernzuhalten.**

**Kaufleuten.** In unserer Versammlung am 13. April wurde die zurückgestellte Wahl des 2. Vorsitzenden vollzogen und als solcher Kollege Schmidt gewählt.

Der Kartellbericht, von Weber gegeben, zeigt, daß diese Institution voll ihren Aufgaben nachkommt. Es wird dort zurzeit eine Statistik ausgearbeitet, aus der ersichtlich sein wird, mit welcher Literatur sich die hiesige organisierte Arbeiterschaft befaßt. Desgleichen hat sie sich zur Aufgabe gemacht, in betreff Arbeiterwohnungen Verbesserungen anzustreben, da die Wohnungsnot am hiesigen Platze für die Arbeiterschaft zu einer Katastrophe geworden ist.

Die eventuelle Gründung eines graphischen Kartells wurde auch von uns freudig begrüßt und

beschlossen, sobald ein solches zustande kommt, demselben beizutreten. Als Delegierter zu den Beratungen wurde außer dem Vorsitzenden Kollege Müller bestimmt.

Zur Frage der Maifeier wurde in keine Diskussion eingetreten und dem Beschlusse der Lithographen und Steindrucker, von einer Arbeitsruhe an diesem Tage abzusehen, beigestimmt.

Zum Punkt Verbandsstag referierte Wegft. Die sich anschließende Debatte war eine sehr lebhaft. Auch unsere älteren Kollegen zeigten sich geneigt, bei eventueller Einführung der Invalidenunterstützung gern einen höheren Beitrag zu entrichten, sonst aber den lokalen Verhältnissen entsprechend unbedingt an dem jetzigen Beitrag festzuhalten.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Stuttgart.** In der Quartalsversammlung vom 13. April gibt der Vorsitzende Decker den Bericht über das abgelaufene geschäftsjahre 1. Quartal. In zwei Versammlungen wurde berichtet über den Goutag in Karlsruhe und die Verhandlungen in Leipzig. In zwei weiteren fanden Vorträge statt, und zwar ein Nichtbildervortrag des Gen. Spiegel über „Das Innere des Menschen“ und ein Vortrag des Gen. Larnow über „Die deutsche Revolution“. Die Mitgliederzahl beträgt 672 männliche und 599 weibliche Kollegen. Die Kasse weist wieder einen günstigen Stand auf. Ein Antrag der Referenten, diejenigen Mitglieder, welche während der Ausgesperrung Darlehen aus der Lokalkasse erhalten und noch nicht zurückgezahlt haben, zu mahnen und wenn fruchtlos, die Namen in der nächsten Generalversammlung bekannt zu geben, fand Annahme. Alsdann wird Ausschluß gegeben über das bedauerliche Nichterscheinen der hiesigen Berichte in der „Buchbinder-Zeitung“.

Ueber die Einführung der Invalidenunterstützung spricht als Referent F. Lender, als Korreferent A. Hemminger. Mit Wärme und Begeisterung tritt Lender für die Einführung der Invalidenunterstützung ein. Eine alte Forderung der Kollegschaft und ein Herzenswunsch besonders der hiesigen Buchbinder solle nun eingelöst werden. Grundfänglich sei wohl kein einseitiger Gewerkschaftler mehr gegen die Unterstützungseinrichtungen der Verbände. Wer die Gewerkschaftsbewegung und die Geschichte unseres Verbandes verfolge, sehe, wie man immer ein Stück, einen Zoll vorwärts auf dem Unterstützungswege geschritten sei, um eine Kampforganisation zu sein, um die Kampferzahl zu mehren, die Reihen geschlossener zu halten. Der Geist, welcher den Artikel des Kollegen Heise von Duisburg durchwehe, sei ja ein lobenswerter. Aber er möchte sagen, derselbe käme um 20 Jahre zu spät. Zu den Zeiten der Ausnahmegeetze hätte er wohl helle Begeisterung hervorgerufen. Doch könne man heute die Ideale nicht allein wahren lassen, man müsse auch materialistisch denken. Eine Kampforganisation gebraucht gesunde Kämpfer, einen einigermaßen gesicherten Rückhalt, gesichert durch eigene Kraft und die Kraft der Allgemeinheit. Neben den Idealen habe der Einzelne auch die Verpflichtung vor sich selbst, die Verantwortung vor der Familie. Es sei Tatsache, daß diejenigen Arbeiter, die immer kämpfen für unsere Sache, so manchesmal gute Posten preisgeben, und andere sich in gute Stellungen hineinschmarozten. Auch in Stuttgart seien eine ganze Anzahl Kollegen, welche bessere Stellungen, bessere Verhältnisse aufzuweisen hätten, wenn sie nicht in der Arbeiterbewegung hervorgetreten wären. Mit dem Entwurf des Verbandsvorstandes könne er sich so ziemlich einverstanden erklären. Er empfiehlt eine Rückvergütung der geleisteten Beiträge von 30—40 Proz. an die Hinterbliebenen derjenigen Mitglieder, welche keine Rückzahlung der Kasse hatten und hält die Erhöhung des Beitrages auf 20 Pf. nach Ablauf der Sperrezeit für nötig. Redner bespricht dann die Einführungsmöglichkeiten der beiden geforderten Unterstützungswege. Beide, die Kranken- sowie die Invalidenunterstützung einzuführen erlaube unsere Situation nicht, wir müßten denn die Beiträge mehr als verdoppeln. Das dringendste und leicht durchführbarste sei die Invalidenunterstützung; die Krankenunterstützung müße verhältnismäßig nicht viel. Die Not wird am größten, je länger die Krankheit dauert. Der Referent trägt an einen größeren Zahlenmaterial die Gefährlichkeit der Einführung einer brauchbaren Krankenunterstützung, ohne eine ganz bedeutende Erhöhung der Beiträge, vor. Die größte Möglichkeit und auch Notwendigkeit läge vor in der Einführung der Invalidenunterstützung. Ein längerer hinausziehen sei ein Freveln an uns selbst. Es gäbe genug Kaufleute in der Organisation und auch so mancher jüngere Kollege könnte die Segnungen einer Invalidenunterstützung verspüren. Dann aber habe auch der jüngere Kollege die moralische Pflicht, helfend einzugreifen, das harte Los des alten, nicht mehr ganz fähigen Arbeiters zu erleichtern. Bei der Lohn-

bewegung war und ist es meist im umgekehrten Sinne. — Die Erfolge einer Bewegung kommen meist den jüngeren zugute. Es haben auch die Jungen beigetragen zu dem Grundkapital beizutragen, um später selbst etwas zu haben. Die Selbsthilfe der Organisation sei nötig, das Unterstützungsweesen sei auszubauen, aber man möge das Mögliche und Notwendige einführen. Es sei höchste Zeit, daß der Schritt zur Invalidenunterstützung getan wird.

Korreferent Hemminger führt aus: Die Segnungen und auch die Notwendigkeit einer Invalidenunterstützung, wie sie Kollege Lender schildert, trifft zu. Doch habe der Referent hierbei nur die ideale — bei der Krankenunterstützung hingegen nur die materielle Seite behandelt. Vor allem müsse man sich doch fragen, welche von beiden Strömungen sei die notwendigste und zweckmäßigste, welche Einrichtung wirkt agitatorisch am besten. Unzweifelhaft wäre dies die Krankenunterstützung. Wir haben wohl eine Zentralkassenkasse, aber diese nimmt nur gesunde Mitglieder auf, ganz einerlei wer dies ist, Streikbrecher und solche, die auf keine schöne Art von uns fort sind. Ein Drittel der Mitglieder der Zentralkassenkasse seien keine Verbandsmitglieder. Der Redner gibt dann einen Zahlenbeweis, der — im Gegensatz zu Lender, welcher mindestens 30 Pf. Erhöhung fordert — bei 20 Pf. Erhöhung eine tägliche Krankenunterstützung von 80 Pf. vorsieht. Bei 25 Pf. Beitrag soviel, wie die Krankenkasse in der 4. Klasse. Aus agitatorischen Gründen fordert der Redner von dem Verbandstage zuerst die Einführung der Krankenunterstützung. Die Fluktuation der Mitglieder würde dann eine bedeutend geringere sein. Einer vom Referenten angeführten Gründung einer Lokal-Invalidenkasse würde er gleich beitreten.

Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Gleich jen. tritt infolge Erfahrungen der letzten Zeit energisch für die Invalidenunterstützung ein. Man könne beobachten, daß gerade bei altersschwachen Leuten eine bedeutende Lohnunterziehung stattfindet. Drehwald ist für die Einführung der Invalidenunterstützung auf dem diesjährigen Verbandstage wegen der langen Wartezeit. Auf dem nächsten Verbandstage sei dann aus agitatorischen Gründen die Krankenunterstützung einzuführen. Heßberg fordert die Invalidenunterstützung. Die Zentralkassenkasse solle in die Hände des Verbandes übergehen. Hemminger hält die Krankenunterstützung für zweckmäßiger. Die Unterstützungs-einrichtungen des Verbandes dürften nicht Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zu dem Zweck, alle Berufsangehörige in einen Verband zu bringen. Bei der Erwägung der Möglichkeit sei vom Referenten die Einführung der Invalidenunterstützung als so spielend leicht dargestellt worden. Dem sei jedoch nicht so, es werde gewiß auch diese Unterstützung ihre Kautelen haben. Zwei Drittel Arbeitsfähigkeit werde wohl von dem Aufzunehmenden gefordert. Werbetätigkeit sei es gewiß, wenn den Kollegen in der Provinz zu seiner Ortskasse noch ein Krankengeldzuschuß vom Verband in Höhe von einer Mark pro Tag gewährt wird. Weisbach spricht ebenfalls zugunsten der Krankenunterstützung. Die Zentralkasse käme nur für einen beschränkten Kreis in Betracht. Dorten würde bei einer Anmeldung nicht der Mann, sondern der Militärpaß untersucht. Manahaf sagte, den größeren Vorteil für den Gesamtverband bringe die Krankenunterstützung. Seine Erfahrungen im Gau bestätigten dieses. Außerdem müßte eine Regel im Aufbau der Unterstützungen herrschen, und hier käme zuerst die Kranken- und dann die Invalidenunterstützung.

Im Schlußwort verneint Kollege Hemminger die Möglichkeit der Verschmelzung der Zentralkasse mit dem Verbands- und bitte um Ablehnung der Invalidenunterstützung im Interesse der Einführung einer Krankenunterstützung. Die Diskussion des heutigen Abends und die Berichte von draußen zeige uns, daß die Krankenunterstützung einer Invalidenunterstützung vorangestellt würde. Kollege Lender hält in seinem Schlußwort das Interesse an der Krankenunterstützung für nicht so sehr groß. Die Möglichkeit, in einer Hilfskasse sich zu versichern, sei gegeben. Die leichtere Durchführbarkeit einer Invalidenunterstützung fordere diese und man dürfe auch die alten Kollegen nicht vor den Kopf stoßen.

Ein Appell, zur Urabstimmung diese Frage gewissenhaft zu beantworten und allgemein am Verbandsleben ersten Anteil zu nehmen, schloß diese Angelegenheit.

Berlin. Am 15. April fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung statt. Zu Beginn derselben erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Genossen Anver von ihren Plätzen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht des Kuratoriums des paritätischen Arbeitsnachweises“ nahm Brüdnier das Wort. Er führte aus, daß in zwei Jahren nur vier Sitzungen stattgefunden haben, trotzdem aber wichtige Angelegenheiten erledigt

worden sind. Der Buchbinder-Zinnung lag es daran, vom Nachweis loszukommen. Ihre Vertreter hatten in den Sitzungen dahin zu wirken, daß der Beitrag, bei dem geringen Nutzen, den sie vom Nachweis hätten, erniedrigt würde. Ferner stellten sie den Antrag, daß die organisierten Arbeitslosen das Einschreibegeld selbst zahlen sollten und nicht der Verband. Diese Anträge würden aber mit Stimmengleichheit abgelehnt. Während der Lohnbewegung 1906 trat dann die Zinnung und der Buchbinderbesitzer-Verband aus dem paritätischen Nachweis aus und gründete die Zinnung einen eigenen. Unser Buchbinder-Verband sowie der Verein der Geschäftsbücher- und der Kartonfabrikanten blieben dem Nachweis treu. Weiter wurde noch über die Regelung der Arbeitgebervertretung beraten. Den Paragrafen des Nachweisstatuts, diese Angelegenheit betreffend, zu ändern, wurde nicht für erforderlich gehalten. Die dem Nachweis noch angehörenden Arbeitgeber-Verbände ernennen zwei Vertreter, während die übrigen Vertreter der Arbeitgeber vom Zentralverein für Arbeitsnachweis ernannt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden, wie es bisher üblich war, von der Zahlstelle des Buchbinder-Verbandes gewählt. Zum Schluß bemerkte Kollege Brüdnier, daß trotz des Austritts der Zinnung die Tätigkeit des Nachweises sich in aufsteigender Richtung befindet. Verbandsmitglieder, welche Beschwerde über den Nachweis führen, haben sich stets an ihre Vertreter im Kuratorium zu wenden und ist der Nachweis bei Arbeitslosigkeit stets zu benutzen.

Als Vertreter der Arbeitnehmer im Kuratorium wurden gewählt: Brüdnier, Rhytonsky, Mar, Schade und Pauline Hieber; als Stellvertreter: Berger, Klappenbach, Garber, Schönfelder und Schiffe.

Zum Punkt „Maifeier“ wurde folgende vom Kollegen Gerber verlesene Resolution angenommen:

„Die Versammlung hält die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe für die wirksamste und würdevollste Demonstration für den Achtstundentag und für die Durchführung der Arbeiterkulturgebung. Sie beschließt deshalb, daß in allen Betrieben Werkstübenversammlungen stattfinden, welche sich mit der Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai beschäftigen und, nachdem sich eine Mehrheit für Arbeitsruhe gefunden hat, durch Vorfällewerden bei den Firmenleitungen die Freigabe des Tages zu erwirken. In den Betrieben, wo eine Beteiligung an der Maifeier durch Arbeitsruhe nicht durchführbar ist, sind die Mitglieder verpflichtet, einen einmaligen Beitrag an die Lokalkasse zu entrichten und zwar bei einem wöchentlichen Verdienst bis zu 15 Mk. 25 Pf., bis zu 24 Mk. 50 Pf. und bei mehr als 24 Mk. 75 Pf. Für die obigen Beitragssätze werden Marken ausgegeben, die in das Mitgliedsbuch einzuflecken sind.“

Zur Einführung der Invalidenunterstützung führte Mar aus, daß der Vorstand auf Beschluß des Verbandstages in Dresden zur Einführung der Invalidenunterstützung eine Urabstimmung angeordnet hat und daß die Stimmzettel derselben bis zum 27. April an die Ortsverwaltung abgeliefert sein müssen. Er ist der Ansicht, daß die Einführung der Invalidenunterstützung jetzt noch nicht, wohl aber eine Krankenunterstützung angebracht sei. Für die Einführung der Invalidenunterstützung sprachen die Kollegen Klotz, Hauelsen und Jahn, gegen dieselbe Hanke, Wienick, Sieder, Friedrich und Kollegin Hieber. Letztere sind der Meinung, daß durch Einführung der Invalidenunterstützung der Verband nicht mehr den Charakter einer Kampforganisation behält, wohl aber den eines Versicherungsvereins bekommt.

Zum Punkt „Verbandsbeiträge“ führte Rhytonsky aus, daß es unsere Aufgabe sein muß, die Verbandskasse zu stärken und einen Fonds für spätere Kämpfe anzuhäufeln. Er ist der Meinung, daß der Verbandstag den Beitrag ohne jedwede Gewährung von Unterstützung um 5 Pf. erhöhen muß. Weiter ist er für Einführung des Staffelleitrag und zwar deshalb, weil die Agitation in der Provinz eine schwierige ist, die Kollegenchaft niedriger entlohnt wird und wir doch auch diese Berufsangehörigen für uns gewinnen wollen. Auch ist er Anhänger einer Krankenunterstützung für männliche Mitglieder.

Brüdnier meint, daß der Verbandstag eine Erhöhung der Beiträge bringen muß, um einen großen Kampffonds für spätere Kämpfe zu schaffen.

In der Debatte beteiligten sich noch Friedrich und Hoffmann.

Folgende Anträge der kombinierten Delegiertenversammlung wurden angenommen:

„Die am 11. März er. tagende kombinierte Delegiertenversammlung spricht sich, unbeschadet der Stellungnahme zur Invalidenunterstützung, im Prinzip für Einführung einer Krankenunterstützung aus.“

„Die heutige kombinierte Delegiertenversammlung erklärt sich mit Rücksicht darauf, daß eine Beitragserhöhung unumgänglich ist, im Prinzip für einen Staffelleitrag.“

Da der vorgerückten Zeit wegen eine weitere Beratung der Anträge zum Verbandstage nicht mehr möglich war, wurde die Versammlung vertagt.

Dresden. Am Sonnabend, den 20. April, fand im Volkshaus eine Versammlung statt, die sich außer dem Geschäfts- und Kassenbericht noch mit den Anträgen zum Verbandstag befaßte. Der schwache Besuch dieser Versammlung zeigte, daß ein großer Teil der Mitglieder viel zu wenig Interesse hat an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes.

Den Geschäftsbericht gab W. Kobl. Aus demselben entnehmen wir folgendes: Am Schluß des vierten Quartals 1906 waren 397 männliche und 650 weibliche Mitglieder vorhanden, zusammen 1047 Mitglieder. Davon sind im Laufe des ersten Quartals abgereist, ausgetreten, ausgeschloffen und gestorben zusammen 89 Mitglieder. Eingetreten sind im ersten Quartal 34 männliche, 75 weibliche, zusammen 109 Mitglieder, zugereist sind 14 Mitglieder, aus anderen Verbänden übergetreten 3, so daß am Schluß des ersten Quartals 419 männliche und 670 weibliche, zusammen 1089 Mitglieder zu verzeichnen waren, was ein Mehr von 12 Mitgliedern bedeutet. Versammlungen fanden im ersten Quartal 3 statt, außerdem noch 2 Bezirksversammlungen, eine in Mügeln und eine Striezen, welche letztere durch schwachen Besuch vertagt werden mußte.

Aus dem Kassenbericht des Kollegen Lange entnehmen wir folgendes: Gesamteinnahme 5158,90 Mark, Gesamtausgabe 3628,83 Mk. Unter anderem wurde verausgabt für Arbeitslosenunterstützung an männliche Mitglieder 276,25 Mk., an weibliche Mitglieder 88,50 Mk., für Krankenunterstützung 285,60 Mark. Arbeitslos meldeten sich im ersten Quartal 82 männliche und 57 weibliche Mitglieder. Davon erhielten durch den Nachweis 29 männliche und 12 weibliche Mitglieder Arbeit. 44 erhielten anderweit Stellung, die übrigen sind teilweise abgereist und wegen Nichtmeldung gestrichen worden.

Die Bibliothek hat sich um 96 Bücher vermehrt, so daß gegenwärtig ein Bestand von 295 Bänden zu verzeichnen ist. Da dieselbe gegen früher jetzt eifriger benutzt wird, hat die Verwaltung beschlossen, ein Verzeichnis drucken zu lassen.

Es folgte nunmehr die Beratung der Anträge zum Verbandstage. Der Vorsitzende teilte in längeren Ausführungen den von der Verwaltung ausgearbeiteten Entwurf einer Erwerbslosenunterstützung mit, die an Stelle der Arbeitslosenunterstützung treten soll. In Verbindung mit derselben hält er es auch für angebracht, daß bei Erhöhung der Beiträge ein Staffelleitrag eingeführt werde. O. Kobl ersucht, den Antrag betreffs Erwerbslosenunterstützung zurückzugeben. Er glaubt, daß diese Unterstützung große Nachteile nach sich zieht. Wenn sich jemand doppelt versichern will gegen Krankheit, so steht ihm ja die Krankenkasse offen. Redner erklärt sich aber für den Staffelleitrag und ist er der Ansicht, daß wir keinen bestimmten Satz festsetzen können, sondern es dem Verbandstag überlassen, denselben auszuarbeiten. Jedell erklärt sich gegen einen Staffelleitrag. Nachdem sich noch mehrere Redner für eine Erwerbslosenunterstützung begeisterten, auch viele gegen dieselbe sind, wird nach längerer Debatte dieser Antrag abgelehnt und folgender angenommen:

1. Die Dresdener Mitglieder beantragen, eine Krankenunterstützung für männliche Mitglieder in Höhe von 50 Pf. pro Tag auf die Dauer von 60 Tagen einzuführen. (Rainwald.)
2. Die Dresdener Verbandsmitglieder beantragen beim Verbandstage: Der Verbandstag wolle eine staffelmäßige Beitragsleistung einführen. Die Form derselben wird dem Verbandstag überlassen. (O. Kobl.)

Weiter werden noch die von der Verwaltung ausgearbeiteten allgemeinen Anträge angenommen:

1. An Orten, welche dem Verband ein großes Agitationsfeld bieten und an denen bereits 500 Mitglieder vorhanden sind, kann der Verbandsvorstand einen Beamten anstellen. An Orten mit 800 Mitgliedern ist der Verbandsvorstand auf Antrag der Zahlstelle verpflichtet, seine Zustimmung zu geben.
2. Sämtliche angestellten und noch anzustellenden Beamten, sowie die entstehenden Kosten für Bureaus übernimmt ab 1. Januar 1908 die Verbandskasse. Solchen Zahlstellen verbleiben zur Bestreitung örtlicher Ausgaben nur 5 Proz. der Mitgliederbeiträge.
3. Streikende und gemahregelte Mitglieder, die die volle Unterstützung beziehen, haben den regulären Verbandsbeitrag ohne die vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrasteuern zu entrichten.

Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende noch auf die Maifeier aufmerksam und ersucht alle, denen es irgend möglich ist, sich daran zu beteiligen. Lange gibt noch bekannt, daß die Witwe Klein den Nachlaß des Kollegen Klein der Bibliothek des Verbandes überlassen hat.

Frankfurt a. M. Am Montag, den 22. April, fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Kollege Mez erstattete den Geschäftsbericht, welchem folgendes zu entnehmen ist. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 178 männliche und 44 weibliche Mitglieder, zusammen 220 Mitglieder. Es fanden 1 General- und 5 Mitgliederbesammlungen statt, die durchweg besser besucht hätten sein können. Es ist dringend nötig, daß die Mitglieder hierin Wandel schaffen. Vorträge wurden im Laufe des Quartals vier gehalten, und zwar referierten Gen. Fischer über: „Die Bedeutung der Reichstagswahl für die Gewerkschaften.“ Dr. Blaut: „Ernährung und Nahrungsmittel.“ Kollege Hünjke: „Die Arbeiterbewegung während des Sozialistengesetzes.“ Gen. Krenker: „Die Bedeutung der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Leben.“ Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 5 Sitzungen. Weitere Sitzungen waren nötig mit dem Gauvorstand 2, mit der Agitationskommission 1, mit dem Vorstand der Zahlstelle Offenbach 1 und eine Sitzung mit den Vertrauensmännern. Außerdem wurden 5 Werkstübchen abgehalten.

Die zu stellenden Anträge zum Verbandstage wurden am 17. März in einer kombinierten Versammlung der Zahlstellen Frankfurt und Offenbach beraten.

In geselliger Beziehung ist zu nennen: Die Beteiligung am Offenbacher Stiftungsfest, Osterausflug nach Fachsenheim und die Besichtigung der Stadtbibliothek.

Ein interessantes Ergebnis über das Verhältnis der Verbandsmitglieder zur politischen Organisation und zur Arbeiterpresse lieferte eine Statistik, die im Januar aufgenommen wurde. Von 230 ausgegebenen Fragebogen wurden 83 abgeliefert; 41 Kollegen sind danach politisch organisiert, 64 lesen die „Volksstimme“ und 4 Kollegen andere Parteiblätter, 3 politisch organisierte Mitglieder haben noch nicht die „Volksstimme“ abonniert und je 3 sind Abonnenten von „Generalanzeiger“ und den „Neuesten Nachrichten“.

Nach dem vom Kollegen Oswald erstatteten Kassenbericht betragen die Einnahmen im ersten Quartal 1298,72 Mf. und die Ausgaben 1130,28 Mf.; an die Hauptkasse wurden 400 Mf. abgeliefert. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 333 Mf. ausbezahlt. Den Einnahmen der Lokalkasse von 394,28 Mf. steht eine Ausgabe von 277,97 Mf. gegenüber. Beim Arbeitsnachweis wurden 51 offene Stellen gemeldet, wovon 11 besetzt wurden. Nach Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten hielt Kollege Grönhoff-Elberfeld ein beifällig aufgenommenes Referat über Organisations- und Agitationsfragen. Zur Frage der Maifeier wurde beschlossen, den 1. Mai möglichst durch Arbeitsruhe zu feiern. Kollegen, die arbeiten, haben 50 Pf. an die Lokalkasse zu entrichten. Kollege Thon beantwagt, am 1. Mai den arbeitslosen Kollegen am Orte 1,50 Mf. aus der Lokalkasse zu bewilligen, welchem Antrage stattgegeben wird. Zum Kandidaten für die Ge-

werbegerichts Wahl nominierte die Versammlung wieder den Kollegen Hünjke.

Solingen-Wald. Am 22. April fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht vom verfloffenen Quartal gab der Vorsitzende Brunz. Nach demselben haben stattgefunden 1 General- und 5 Mitgliederbesammlungen. Von einigen Kollegen wurde eine Hausagitation abgelehnt, welche einige Aufnahmen zeitigte. Der Besuch der Versammlungen ließ oft zu wünschen übrig. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 62 männliche Mitglieder und 1 weibliches.

Den Kassenbericht gab Rankers. Die Verbandskasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 680,12 Mf. Die Einnahmen der Lokalkasse im 1. Quartal betragen 160,11 Mf., die Ausgaben 79,73 Mf. Der etwas große Ueberschuß ist auf das sehr gut verlaufene Winterfest zurück zu führen. Weiter wurde beschlossen, die Versammlungen alle 14 Tage Sonnabends statt Montags abzuhalten. Weiter beabsichtigt die Versammlung, die Firmen Kaiser und Neger, da sie unseren Tarif noch nicht anerkennen wollen, zu sperren. Der Vorsitzende ersucht die Mitglieder, sich recht zahlreich an den Maifeierveranstaltungen zu beteiligen. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 4. Mai, im „Gewerkschaftshaus“ statt, woselbst Herr Kunstbinder Adam über „Die Entwicklung der Buch- und Verlagsdruckerei“ sprechen wird.

Breslau. Für den diesjährigen Ausflug am Zimmelsfahrstage (9. Mai) ist das idyllische Weidenhof genählt worden. Die Kollegen mit ihren Angehörigen treffen sich früh 6 Uhr an der Erlöserkirche in der Rosenthalerstraße. Es wird freundlich gebeten, einige Tage vorher Geschenke zum Verlosen für die Damen an Kollegen G. Neugebauer, Fährstraße 3, abzuliefern. Es ist alles willkommen, wenn es nur gern gegeben wird.

Zum Maifest am Sonntag, den 5. Mai, erwarten wir sämtliche Kollegen und Kolleginnen nachmittags 1/4 Uhr im Breslauer Gewerkschaftshaus.

In der nächsten Zeit sollen eine Anzahl Vorträge in unseren regelmäßigen Versammlungen gehalten werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Mitglieder wieder zahlreicher in den Versammlungen erscheinen. Auch die weiblichen Mitglieder müssen eifriger an diesen Veranstaltungen teilnehmen.

**Abrechnungen**

Vom 1. Quartal 1907 gingen vom 24. bis 30. April bei der Verbandskasse ein: Von Nachen mit 376,50 Mf., Berlin 9500 Mf., Bielefeld 603,78 Mf., Braunschweig 320 Mf., Breslau 600 Mf., Chemnitz 600 Mf., Effen 201,95 Mf., Freiburg 150 Mf., Fürth 100 Mf., Gera 110 Mf., Glogau 105,17 Mf., Hanau 532,50 Mf., Hannover 1900 Mf., Jena 60,75 Mf., Karlsruhe 220 Mf., Kaufbeuren 98,54 Mf., Köln 300 Mf., Lahr 400 Mf., Leipzig 1173,85 Mf.,

Limbach 131,67 Mf., Ludentwalde 250 Mf., Mannheim-Ludwigshafen 427,86 Mf., Offenbach 300 Mf., Solingen-Wald 500 Mf., Stettin 270 Mf., Würzen 86,60 Mf., Zwickau 44,57 Mf., Gau 4 75 Mf., Gau 9 86,98 Mf., Gau 13 400 Mf. und vom Gau 16 mit — Mf.

Diejenigen Zahlstellen und Gauen, die noch nicht abgerechnet haben, werden um unverzügliche Einsendung der Abrechnung ersucht. E. Saucijen.

**Adressenänderungen.**

**Derliche Bevollmächtigte.**

Schw.-Gmünd: G. Neuffer, Untere Zeiselbergstraße 4.  
 Duisburg-Ruhrort. St. Geise, Redaktion der „Niederheinischen Arbeiterzeitung“, Duisburg, Fr. Wilhelmstr. 76.  
 Lübeck: R. Zimmermann, Belzerstr. 23a I.  
 Weimar: Joh. Ridert, Papststr. 10.  
 Falkenstein i. S.: E. Künze, Gelfelstr. 33 part.  
 Kottbus: E. Laubi, Neustädter Tor 1.  
 Eisenach: E. Meher, Johannisstr. 22.  
 Dortmund: J. Klement, Saarbrückerstr. 41, III.  
 Gelsenkirchen: C. Beer, Florastr. 71.

**Briefkasten.**

D. G. in B. und F. S. in L. Abgelehnt.  
 Fr. K. in G. Die gewünschte Adresse steht doch bereits im neueren Verzeichnis.  
 J. P. in Dr. Strafporto!  
 E. Schl. in L. Nachdem Sie so lange zum Schreiben der paar Zeilen gebraucht haben, ist die Sache natürlich sehr eilig, sie kommt jedoch nun nicht mehr zum Abdruck.  
 A. L. in R. Wohl erhielt ich — allerdings für vorige Nummer zu spät — aus R. ein anonymes Schreiben, welches jedoch nicht aufnahmefähig ist. Ihnen dies zur Mitteilung, sofern Sie der Einsender desselben sind.

**Literarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Robert Schweißel f. — Die Maifeier. — Zur Würdigung J. Luers. Von Parvus. — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gefekgebung. Von Hermann Mollenhuth. (Schluß). — Der internationale Gewerkschaftsbericht für 1906. Von Wilhelm Jansson. — Die bürgerlichen Parteien und der Militarismus. Von Karl Emil. — Literarische Rundschau: Helene Simon, Schule und Brot. Von Heinrich Schulz. Wilhelm Herzberg, Wegweiser durch das neue bayerische Wahlgesetz nebst Wahlkreiseinteilung. Von ew. — Notizen: Bericht der Armenischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation (im Kaukasus).

**ANZEIGEN**

**Zahlstelle Pforzheim.**  
 Am 24. April verschied nach kurzem, schweren Leiden unser lieber Kollege, der Etuisarbeiter  
**Heinrich Staib**  
 im Alter von 27 Jahren.  
 Am 26. April verschied nach kurzem Leiden unser lieber Kollege, der Etuisarbeiter  
**Christian Merz**  
 im 42. Lebensjahre. 210] [2,40  
 Ehrendes Andenken wird diesen zu früh dahingegangenen guten Kollegen gesichert bleiben.  
 Die Ortsverwaltung.

**Berlin.**  
**Montag, den 6. Mai 1907, abends 8 Uhr**  
**General-Versammlung**  
 im großen Saal des Etablissements „Bugenhagen“ am Moritzplatz.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
 2. Wahl von Delegierten zum Gau-tag und Anträge zu demselben.  
 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt!  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 Die Ortsverwaltung.  
**Bekanntmachung.** In den Betrieben, in denen eine vollständige Freigabe des ersten Mai nicht erwirkt werden konnte, sind die Mitglieder verpflichtet, einen einmaligen Beitrag an die Lokalkasse zu entrichten, und zwar bei einem wöchentlichen Verdienst bis zu 15.— Mf. 25 Pfennig, bis zu 24.— Mf. 50 Pfennig und bei mehr als 24.— Mf. 75 Pfennig.  
 Für diesen Beitrag werden Wertmarken verabsolgt, welche in das Mitgliedsbuch einzukleben sind.  
 Die Entrichtung dieser Beiträge wird bei Bezug von außerordentlichen Unterstüßungen aus Lokalmitteln in Betracht gezogen.  
 Die Ortsverwaltung.

Nach wie vor  
**am schnellsten**  
 erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von  
**O. Th. Winckler**  
 Leipzig  
 Seeburgstrasse 47,  
 weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,  
**täglich**  
 erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.

Einwendungen für die Zeitung sollen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inzerate können bis Dienstag Abend Berücksichtigung finden.

**Tüchtige Etuisarbeiter**  
 auf bessere Schmutzetuis sofort gesucht.  
**Hermann Schulze, Etuisfabrik,**  
 211] Eilenburg (Provinz Sachsen). [1.—  
 In H. Stadt, in welcher sich noch keine Buchbinderei bef., ist Gelegen. f. jungen Mann mit etwas Kapital, sich selbständig zu machen. Offerten unter A. Z. 10 an die Expedition d. Btg. erbeten. [1,50

ersch. in d. Btg. d. Buchbinder-Zeitung, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. 69, Rubensstr. 69.